

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

<b>Vorsitz</b>	Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP)
<b>Protokoll</b>	Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II
<b>Präsenz</b>	38
<b>Ort</b>	Einwohnerratssaal, Gemeindehaus 8. Stock
<b>Entschuldigungen</b>	Ligia Vogt (SP) Philipp Ammon (SVP)
<b>Aufschaltung Axioma</b>	12. Februar 2024
<b>Genehmigung</b>	Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 4. März 2024 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

## **Protokoll des Einwohnerrates**

**1. November 2023**

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP) heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die Mitarbeitenden der Verwaltung, die Gäste und die anwesenden Pressevertreter zum zweiten Teil der 266. Sitzung willkommen. Ich freue mich über die vielen Besucherinnen und Besucher, so viele waren noch nie an einer Einwohnerratssitzung anwesend. Nebst der schreibenden Presse war auch noch nie das Fernsehen anwesend. Besten Dank für die Berichterstattung.

Wir haben letzte Woche die Wahl des Präsidiums der FiGPK infolge fehlender Kandidaten auf heute verschoben. Mittlerweile haben wir eine Lösung: Ueli Widmer und Reinhold Brand stellen sich für ein Co-Präsidium zur Verfügung. Eine gute Lösung, besten Dank an die beiden Herren, dass sie sich zur Verfügung stellen. Wir werden die Wahl am Schluss, zusammen mit den Wahlen des Einwohnerratsbüros, durchführen.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit am letzten Mittwoch hole ich meinen Dank an den Gemeinderat, die Verwaltung und insbesondere an den Abteilungsleiter Finanzen für die grosse Arbeit bei der Erarbeitung des Budgets heute nach. Die Unterlagen waren wie immer vollständig und informativ. Inhaltlich sind nicht alle zufrieden, aber formell wurde perfekte Arbeit geleistet.

### **9 Verpflichtungskredit Gestaltungsplan «im Winkel»**

Isabelle Bechtel, Gemeinderätin (Grüne): Ich äussere mich zu beiden Geschäften Winkel und Chilefeld, da sie sehr ähnlich. Beide Gebiete wurden mit der letzten BNO-Revision neu als Bauland eingezont. Es gilt die Gestaltungsplanpflicht und die Gemeinde ist zum Bauen verpflichtet. Im Winkel endet die Frist 2037, im Chilefeld 2030. Bis dahin müssen die Gestaltungspläne erstellt und erste Arbeiten ausgeführt sein. Die Gemeinde nutzt die grosse Chance zwei neue Dorfteile zu entwickeln, einer etwas grösser, der andere etwas kleiner. Im Winkel wird ein neuer grosser Dorfteil entstehen, deshalb ist die aktive Mitgestaltung der Gemeinde wichtig. Es gilt die Schwerpunkte hinsichtlich klimatischer, städtebaulicher, sozio-ökonomischer und vieler weiterer Aspekte, aber auch die Nutzungsformen der Überbauung, zu bestimmen. Im Winkel können wir durch Zuziehende mehr Steuersubstrat generieren.

## Protokoll des Einwohnerrates

**1. November 2023**

Damit die Gebiete entwickelt und die Gestaltungspläne erarbeitet werden können, muss der Einwohnerrat die notwendigen Gelder sprechen. Die Kosten im Winkel werden der Gemeinde grösstenteils zurückerstattet. Im Chilefeld gehört der grösste Teil des Gebiets der Gemeinde, deshalb hat sie mehrheitlich die Kosten zu tragen. Das Land hat allerdings nach der Erarbeitung des Gestaltungsplanes viel mehr Wert. Der Aufwand für die Erarbeitung des Gestaltungsplanes wird dadurch wahrscheinlich wettgemacht. Werden die Gestaltungspläne und die Überbauung der Gebiete in den nächsten Jahren nicht umgesetzt, können keine weiteren Gebiete eingezont werden. Eine Umzonung der beiden Gebiete hätte einen grossen Buchungsverlust zur Folge, und auch diese verursacht wieder Kosten. Wir gehen davon aus, dass die Gemeinde die Eigentümer im Winkel für ihre Verluste entschädigen muss.

Die Planungsprozesse können nicht in Etappen aufgeteilt und in Tranchen dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Den Grundeigentümern müssen die Kosten gesamthaft in Rechnung gestellt werden. Bei beiden Vorlagen sind ein Partizipationsprozess und eine kommunale Begleitgruppe vorgesehen. Damit die Prozesse gestartet werden können, bittet der Gemeinderat den Einwohnerrat, die beiden Verpflichtungskredite zu genehmigen.

Eintreten ist unbestritten.

### Detailberatung

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Ich äussere mich ebenfalls zu beiden Traktanden. Wir empfinden es als richtig, dass die Gemeinde den Lead für die Arbeiten übernimmt und die Erarbeitung der Gestaltungspläne für die beiden Gebiete mit den Eigentümern koordiniert. Im Winkel sind es sehr viele Eigentümer, im Chilefeld ist die Gemeinde zu einem grossen Teil die Eigentümerin. Gerade im Winkel übernimmt die Gemeinde eine grosse finanzielle Vorleistung, welche später durch die Nutzniesser zurückerstattet werden muss. Wir schätzen die Bestätigung des Gemeinderates über Axioma, dass diese finanziellen Vorleistungen verzinst werden. Die Mitte stimmt beiden Krediten zu.

Thomas Wernli (FDP): Ich äussere mich zum Winkel und noch kurz zum Chilefeld. Beide Botschaften sind für uns unbestritten, ich möchte aber noch ergänzen.

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

Die Qualität im Planungsverfahren ist vom Anfang bis am Schluss sehr wichtig, dies wird vielleicht bei einem anderen Traktandum noch zum Thema. Die Durchführung des Wettbewerbs im selektiven Verfahren mit Präqualifikation ist wichtig, es sollen nicht einfach fünf Büros eingeladen werden. Dies steigert die Qualität der Ergebnisse. Die Planungsziele sind nicht zu reduzieren, daraus resultiert eine grosse Vielfalt, ebenso ist bei den Fachexperten nicht zu sparen. Das geplante Vorgehen erachte ich als richtig. Die Leitung eines solchen Gesamtprojektes erfordert grosse Erfahrung, speziell mit anderen Behörden, welche versuchen Steine in den Weg zu legen. Eine externe Vergabe der Leitung wäre keine schlechte Lösung. Ein Fachexperte oder ein Büro welches die Planung gestützt auf die vorhandenen Erfahrungen betreut. Unklar ist, was mit dem 2'000 Watt Areal passiert, welches aufgelöst wird. Gibt es ein SNBS- oder ein Minergieareal? Es ist sinnvoll, diesen Punkt nicht abschliessend zu fixieren und von der Entwicklung des Gestaltungsplanes abhängig zu machen. Einfließen soll auch das Klima- und Energiekonzept, welches 2024 erarbeitet und 2025 genehmigt werden soll.

Als Anwohner beteilige ich mich nicht an der Diskussion zum Chilefeld, aber ich spreche der Gemeinde ein Lob aus. Die Partizipation, speziell mit David Beerli, war sehr gut. Es gab etwas Misstöne, weil die Verkehrssituation nicht sauber geklärt wurde. Ich denke, die Anwohner haben den Sinn der Partizipation nicht ganz verstanden. Die Diskussion war deshalb etwas hart, aber Partizipation muss so durchgeführt werden.

Stefan Fehlmann (EVP): Ich spreche ebenfalls zu beiden Traktanden. Bei der Revision der BNO haben wir A gesagt, nun gilt es B zu sagen. Aus Sicht der EVP ist es sinnvoll, die Planung der Gestaltungspläne Winkel und Chilefeld anzunehmen. Es sind Investitionen in die Zukunft und die EVP stimmt beiden Verpflichtungskrediten zu.

Bruno Kaufmann (FDP): Der FDP-Fraktion fehlt der Einbezug der SIA und wir haben mit Fachleuten Rücksprache genommen. Der Kredit hat noch Sparpotential und wir stellen folgenden Antrag: «Die Fraktion FDP erachtet das geplante Vorgehen als sinnvoll und der Einbezug der Grundeigentümer ist gut organisiert. Nach Rücksprachen mit Fachpersonen, sehen wir ein Sparpotential von 20%, ohne das Verfahren zu schwächen. Wir beantragen das Projekt in der vorliegenden Art und Weise zu genehmigen aber mit Einsparungen von 20%.»

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

Thomas Wernli (FDP): Wo soll konkret gespart werden? Qualität kostet Geld und es wäre interessant zu wissen, wo gespart werden soll.

Bruno Kaufmann (FDP): Das Budget beinhaltet für den Einbezug von fünf Planungsunternehmen sehr hohe Kosten. Vielleicht äussert sich noch jemand anders aus der FDP-Fraktion.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Wie Thomas Wernli habe ich mir spontan überlegt, wo Einsparungen möglich sind. Ich sehe dies nicht so kritisch wie die FDP. Beim Winkel muss praktisch der ganze Kredit durch die Grundeigentümer finanziert werden. Die Gemeinde trägt nur einen sehr kleinen Teil der Kosten. Beim Chilefeld muss die Gemeinde den grössten Teil finanzieren. Hier ist aber nicht vorgesehen, fünf Büros beizuziehen. Mit dem Gestaltungsplan erhält das Grundstück einen höheren Wert. Dieses wird überbaut und jemand muss die Kosten dann übernehmen. Mit ist nicht klar, wie man rudimentär fordern kann, 20% einzusparen.

Martin Gautschi (FDP): Marco Tschudin hat an der Fraktionssitzung teilgenommen. Er ist der Sohn von Walter Tschudin, mittlerweile Architekt und Unternehmer. Es hat ihn in der Fraktionssitzung fast umgeworfen. Er ist aufgrund der Tätigkeit in seinem Architekturbüro sehr erfahren mit Gestaltungsplänen. Er vertritt klar die Meinung, dass beim Studienauftrag, wir sprechen von CHF 645'000.00 bis CHF 660'000.00, 20% eingespart werden können.

Oliver Hager (GLP): Wir befürworten beide Kredite, deshalb wollte ich mich nicht äusseren. Nun wird aber beantragt, den Kredit um 20% zu kürzen. Ich bin selbst Planer. Geld in einen Studienauftrag zu investieren ist eine gute Investition. Einsparungen sind allenfalls möglich, wenn nur drei Planungsbüros beigezogen werden. Diese reduziert allenfalls die Ideen und gerade bei dieser Planung ist es wichtig, dass in die Siedlungsqualität investiert wird. Es braucht viele Ideen, welche dann in das Richtprojekt integriert werden können.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Aus den Erfahrungen beim Stadtraum kann ich das Votum von Oliver Hager bestätigen. Um die Prozesse sauber führen zu können, braucht es etwas mehr Mittel. Die Erfahrungen beim Stadtraum zeigen, dass ein Prozess

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

länger dauern kann, allenfalls müssen mehr Büros beigezogen werden. Diese sind teuer und es ist nie gut, wenn ein Nachtragskredit eingeholt werden muss. Besser den Kredit gut bemessen und bei der Vergabe darauf achten, dass die zur Verfügung stehenden Mittel für die Durchführung der Prozesse ausreichen.

Offene AbstimmungGegenüberstellung Anträge Gemeinderat / FDP-Fraktion

Auf den Antrag der FDP entfallen	11 Stimmen
Auf den Antrag des Gemeinderates entfallen	26 Stimmen

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von brutto CHF 1'550'000.00 inklusive MwSt. für die Entwicklung des Gestaltungsplans «im Winkel». Dieser schliesst den Gemeindeanteil von 5% für die gemeindeeigenen Parzellen ein.

**10 Verpflichtungskredit Gestaltungsplan «Vorder Chilefeld»**

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Fabian Schütz (SVP): Die Schweiz wächst stark und es wird mehr Wohnraum benötigt, da der Wohnraum knapp ist. Leider schreibt die BNO für das Chilefeld eine Gestaltungsplanpflicht vor. Dies führt zu unnötigen Kosten für die Gemeinde und später für die Mieter und Käufer. Es aber nur dieser Weg, um das Chilefeld baureif und später verkaufbar zu machen. Wir stehen deshalb dem Geschäft insgesamt positiv gegenüber. Wir geben dem Gemeinderat zwei Anliegen mit auf den Weg. Für Windisch ist sehr

## Protokoll des Einwohnerrates

### 1. November 2023

wichtig, gutes Steuersubstrat anzuziehen. Wir liegen weit unter dem Kantonsdurchschnitt und die Aussichten sind eher schlecht. Der Gemeinderat kann bereits im Rahmen des Gestaltungsplans Einfluss nehmen. Das zweite Anliegen verlangt den Verkauf des Chilefelds und nicht die Abgabe im Baurecht. Jeder Immobilienexperte wird bestätigen, dass eine Abgabe im Baurecht ein Risiko für Investoren darstellt. Die SVP stimmt den Verpflichtungskrediten trotzdem zu.

Beatrice Schneider Lloyd (SP): Wir stimmen dem Verpflichtungskredit für die Entwicklung des Chilefelds zu. Windisch nimmt als Haupteigentümerin ihre Pflicht wahr, die Gestaltung gemäss Zonenplanrevision durchzuführen. Wir begrüssen, dass städtebauliche, architektonische, ökologische und sozioökonomische Aspekte besonders beachtet werden sollen. Wir hoffen, dass ein qualitätsvoller Siedlungsrand mit hoher Lebensqualität entsteht.

Tanja Ott (FDP): Es ist ein offenes Geheimnis, dass wir das Chilefeld lieber heute, denn morgen verkaufen wollen. Der Planungsprozess, die Konzeptphase und der Einbezug der Bevölkerung klingen sehr professionell. Die FDP unterstützt dieses Konzept und den Verpflichtungskredit.

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

#### B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von brutto CHF 470'000.00 inkl. MwSt für die Entwicklung des Gestaltungsplanes Vorder Chilefeld. Der Gemeindeanteil von 81.53% (CHF 383'190.00) wird über das ordentliche Budget finanziert.

### **11 Planungskredit für die Gebietsentwicklung Stadtraum Bahnhof Brugg Windisch; Durchführung und Nachbereitung der Testplanung**

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): In diesen Kredit ist auch die Stadt Brugg involviert. Die federführende Gemeinde muss den Kredit gesamthaft beantragen, Brugg nur den die Stadt betreffenden Anteil. Deshalb werden bei uns CHF 1,8

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

Mio. und nicht nur CHF 362'500.00 beantragt. Die Differenz erhält die Gemeinde Windisch von den anderen Partnern zurück. Der Einwohnerrat hat dem Anteil der Stadt Brugg am letzten Freitag zugestimmt.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Ich darf über die nächste Etappe beim Stadtraum informieren. Brugg und Windisch wachsen in bewusst und ökologisch gestalteten Räumen, der Slogan der vorliegenden Botschaft. Das Gebiet Bahnhof-Süd soll in den nächsten 20 Jahren schrittweise zu einem Wohn- und Arbeitsquartier mit hoher Wertschöpfung, Aufenthaltsqualität und überregionaler Ausstrahlung transformiert werden. Gleichzeitig muss die Anbindung des Verkehrs verbessert werden. Brugg und Windisch wollen mit diesem Entwicklungssperimeter an den Erfolg der Vision Mitte anschliessen.

Um eine koordinierte Entwicklung zu ermöglichen, sollen die bevorstehenden Entwicklungsschritte mit unseren Partnern, SBB, Kanton, Real Estate Brugg und Brugg gemeinsam definiert und erarbeitet werden. Parallel sind Projekte in Bearbeitung, die einen engen Zusammenhang mit der Gebietsentwicklung Stadtraum Bahnhof Brugg Windisch haben. Zu den wichtigsten Parallelprojekten zählen die Aufwertung des Bahnhofplatzes und des Neumarkts, dieses Projekt wird von der Stadt Brugg bearbeitet. Bei der Aufwertung und Erneuerung der Campuspassage steht die SBB im Lead. Für den Ausbau der Veloinfrastruktur, Velovorzugsroute, Velotunnel, Veloabstellplätze usw. ist der Kanton, in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde, verantwortlich. Bei der Verlegung des Freiverlads nach Lupfig, sind die SBB und der Kanton im Lead, beim Busterminal Bahnhof Nord sind der Kanton und die Stadt Brugg gefordert. Beim Gesamtverkehrskonzept Raum Brugg-Windisch GVK, beinhaltend die Zentrumsentlastung, Massnahmen zur Steigerung des Veloverkehrs, Fussverkehr, öffentlicher Verkehr und Verkehrsmanagement liegt die Federführung beim Kanton. Aufgrund des politischen Vorstosses von Markus Lang im Grossen Rat hat das Projektteam die Tunnelverlängerung weiterbearbeitet. Die Ergebnisse liegen dem Gemeinderat noch nicht vor, die Resultate werden den politischen Vertreterinnen und Vertretern im Dezember vorgestellt. Am 7. November findet mit Vertretern der IG OASAR eine erste Zwischenbesprechung statt.

Die Parallel-Projekte, mit verschiedenen Anspruchsgruppen und Projektpartnern, mit der städtebaulich und verkehrsmässig zentralen Funktion des Gebiets Bahnhof Süd weisen eine sehr hohe Komplexität auf. Bevor eine Teilzonenplanänderung in Betracht

## **Protokoll des Einwohnerrates**

### **1. November 2023**

gezogen, die Erschliessung definiert oder das Gestaltungsplanverfahren durchgeführt werden kann, soll eine Testplanung die Entwicklungseckwerte des Gebietes ermitteln. Was wollen wir damit erreichen? Mit mehreren interdisziplinären Planungsteams suchen wir nach geeigneten Lösungen für die Weiterentwicklung dieses Gebietes. Weil die Teams nicht in Konkurrenz, sondern im offenen Dialog arbeiten, sie erhalten keine Folgeprojekte, eignet sich die Testplanung sehr gut für diese herausfordernde Aufgabe. Testplanungen sind immer dann wertvoll, wenn sich der richtige Weg nicht im Voraus abzeichnet, sondern verschiedene Lösungen möglich sind. Diese gilt es zu prüfen und zu diskutieren, um die beste Lösung für das Areal zu finden.

Wie wird die Testplanungsphase konkret strukturiert? Die Testplanung Bahnhof-Süd steht unter der Leitung eines erfahrenen Teams. Dieses wird von einem fachlich ausgewiesenen und breit aufgestellten Beurteilungsgremium unterstützt. Drei interdisziplinäre Planungsteams prüfen und entwerfen unterschiedlichste Ideen und Lösungsansätze für die zukünftige Transformation im Gebiet Bahnhof-Süd. Diese Lösungsansätze beziehen die in Konkurrenz stehenden Aspekte Siedlung, Freiraum, Verkehr, Nutzungen, Nachhaltigkeit, Soziologie und Ökonomie mit ein. Die Testplanung muss, da sich alle Partner einig, Lösungsvorschläge für die Erschliessung dieses neuen Quartiers geben. Es soll aufgezeigt werden, wie eine mögliche Erschliessung für den motorisierten Individualverkehr, ohne Anschluss an die Zentrumsentlastung, erfolgen kann. Gleichzeitig sind die Auswirkungen auf das bestehende Quartierstrassennetz aufzuzeigen, wenn der ganze Verkehr des neuen Quartiers über die Reutenen-, Klosterzelg- und Bachmattstrasse und die Campuspassage geführt wird. Gleichzeitig sind mit einem Mobilitätsmodell die Auswirkungen von autoarmen oder sogar autofreiem Wohnen aufzuzeigen. Der letzte Punkt ist sehr wichtig. Beim Verkehr sind Etappen aufzuzeigen, welche unseren Legislaturzielen entsprechen müssen: «Windisch ist auf dem Weg zur CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2040. Windisch entwickelt unter Berücksichtigung des Klimawandels und Windisch nutzt die natürlichen Ressourcen und fördert die Kreislaufwirtschaft.» Diese Vorgaben werden den Teams mitgegeben. Die Prozessschritte sind fixiert, die Teil- und Schlussergebnisse der Echogruppe vorgestellt und dort diskutiert. Für die Öffentlichkeit sind regelmässig Diskussionsfenster zu fixieren.

Aus dieser Testplanung resultieren umfangreiche, geprüfte und breit abgestützte Entwicklungsszenarien. In einem weiteren Planungsschritt sind diese Behörden- und schliesslich Grundeigentümerverbindlich zu fixieren. Der Gemeinderat will, dass der qualitätsvollen Innenentwicklung, Klima und Nachhaltigkeit, autoarmes Wohnen und

## Protokoll des Einwohnerrates

### 1. November 2023

Arbeiten, CO<sub>2</sub>-Neutralität und sozialen Begegnungsräumen höchste Priorität eingeräumt wird. Neue Erkenntnisse und Entwicklungen in diesen Themenbereichen sollen laufend aufgenommen, geprüft und wenn möglich umgesetzt werden.

Nach der Genehmigung der Kreditanträge kann das detaillierte Programm fertiggestellt, das Planerteam ausgewählt und die Testplanung durchgeführt werden. Es ist sehr wichtig, die Erkenntnisse aus dem Vorprojekt zu konsolidieren und zusammenzufassen. Alle Projektpartner sind überzeugt, dass sich die Investitionen in eine sorgfältige Planung und umfangreiche Partizipation in einer frühen Planungsphase nachhaltig auf die Form der Wertschöpfung und Lebensqualität auszahlen werden. Mit der Genehmigung der Kredite durch die Einwohnerräte Brugg und Windisch können als nächster bedeutender Schritt die Testplanung durchgeführt und für den zentralen Stadtraum Entwicklungsszenarien und Eckwerte erarbeitet werden.

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat wie folgt Beschluss zu fassen: «Der Einwohnerrat genehmigt für die Gebietsentwicklung Bahnhof Brugg-Windisch für Phase 2b, Durchführung Testplanung und 2c, Nachbereitung Testplanung einen Verpflichtungskredit von brutto CHF 1,8 Mio. inkl. Nebenkosten und Mehrwertsteuer. Der Anteil von Windisch wird netto CHF 362'500.00 sein.» Der Gemeinderat dankt für die Unterstützung und die Genehmigung des Kredites.

Ueli Widmer, Sprecher FiGPK (SP): Unsere Stellungnahme liegt vor, ich gehe nur kurz auf die Eckpunkte ein. Die FiGPK erachtet die Testplanung im Gebiet Stadtraum grundsätzlich als sinnvoll. Die Vorlage hat ihr jedoch Mühe bereitet, da während der Auflage Änderungen vorgenommen wurden. Bereits die zweite Vorlage an der heutigen Sitzung, welche während der Auflage geändert wurde. Für die FiGPK sind solche Änderungen sehr mühsam, zeitraubend und machen die bereits geleistete Arbeit teilweise unbrauchbar. Die FiGPK arbeitet mit etwas Vorlauf, erfolgen kurzfristig Änderungen, muss mit der Arbeit von vorne begonnen werden. Die FiGPK hofft sehr, dass dieses Vorgehen in Zukunft nicht zum Standard wird.

Zurück zur Vorlage: Ein zentraler Diskussionspunkt war die Erschliessungssituation im Rahmen der Testplanung. Eine Minderheit der FiGPK ist aufgrund der im Vorfeld der Sitzung gemachten Zusicherungen der Meinung, dass alternative Erschliessungsszenarien in der Testplanung sichergestellt sind. Für die Mehrheit der FiGPK sind die Zusicherungen zu wenig verbindlich. Die Prüfung von Alternativszenarien ist im Rahmen

## Protokoll des Einwohnerrates

**1. November 2023**

der Testplanung verbindlich und zwingend vorzuschreiben. Wie im Bericht festgehalten, empfiehlt eine Minderheit der FiGPK die Annahme der Vorlage, die Mehrheit der Kommission eine Rückweisung an den Gemeinderat. Die Vorlage muss mit verbindlichen und zwingenden Vorgaben in Bezug auf die Alternativszenarien ergänzt werden. Dies kann mit der Definition von Eckpunkten oder durch Ergänzungen des Planungsauftrages geschehen.

Eintreten ist unbestritten.

### Detailberatung

Mirjam Aebischer (SP): Wir befinden uns in der wichtigsten Phase im Planungsverfahren des Stadtraums. Es bietet sich die einmalige Gelegenheit auszuloten, was in Zukunft auf dem grossen mit dem ÖV sehr gut erschlossenen Areal möglich sein kann. Es gibt ein grosses Aber: Werden in der Testplanungsphase nicht die richtigen Fragen gestellt, erhält der Auftraggeber nicht die für das Verfahren zwingend notwendigen Antworten. Die üblichen Planungsfragen im Programm erachten wir grundsätzlich als gut. Wir finden es richtig, die Planung zu unterstützen, aber das Programm ist nicht vollständig und wir sollen heute den Kredit sprechen. Die Gemeindepräsidentin hat vorher die Inhalte erläutert, aber weder die Fragen zur Zentrumsentlastung noch eine Klimavorgabe sind im Programm enthalten. Es ist ungewöhnlich über einen Kredit mit unvollständigen Grundlagen zu befinden. Wir kaufen die Katze im Sack, weil wir die endgültige Fassung des Programms nicht kennen. Der Entwurf soll noch ergänzt werden, trotzdem sollen wir den Kredit freigeben. Dies wäre noch akzeptierbar, würde das Programm die wichtigen Themen enthalten, dies ist nicht der Fall. Klima und Mobilität sind zentrale Fragen der Zukunft, diese fehlen. Die Rahmenbedingungen des Verkehrs sind nicht korrekt dargestellt. Die Mehrheit der in der Echogruppe vertretenen Bürgerinnen und Bürger haben sich deutlich geäussert. Sie wollen eine Antwort auf die Frage, ob ein Anschluss des neuen Gebietes an die Zentrumsentlastung nötig ist oder ob mit autoarmem Wohnen, autoarmen Dienstleistungen, konsequenter Förderung des Fussgänger- oder Veloverkehrs, alternativen Mobilitätsmassnahmen, darauf verzichtet werden kann. Man weiss es nicht, will es aber wissen. Der Entwurf des Planungsprogramms beantwortet diese Frage nicht. Carlo Degelo, Leiter Abteilung Verkehr beim Kanton, hat

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

die Echogruppe daran erinnert, dass die Gemeinde entscheiden muss, ob dieser Anschluss benötigt wird oder nicht. Diese Frage ist für uns absolut zentral. Die Echogruppe hat im Weiteren vehement gefordert, dass ein Netto-Null Ziel bezüglich CO<sub>2</sub> als Rahmenbedingung für diese Planung gelten muss. Dies umso mehr, Heidi Ammon hat es erwähnt, dass wir uns bis 2040 ein Netto-Null-Ziel gesetzt haben. Wieso wurde dies nicht aufgenommen? Eine mündliche Zusicherung wurde gemacht, ein schriftlicher Beweis fehlt. Seit der Sitzung der Echogruppe vom 7. Juni 2023 stand genügend Zeit zur Verfügung, dies noch zu ergänzen. Die Projektpartner hätten auch erklären können, dass dieses Netto-Null Ziel als Basis für die Planungen und den Anschluss an die Zentrumsentlastung verbindlich ins Testplanungsprogramm aufgenommen wird. Aus unserer Sicht einfach, das Papier hätte einfach von allen unterzeichnet werden müssen. Wir trauen diesen mündlichen Zusicherungen nicht. Unsere Erfahrung ist, dass nicht umgesetzt wird, was mündlich zugesichert wurde. So wurde der Zusatzantrag zum Verkehrskonzept im Juni 2021 nicht wortgetreu umgesetzt. Der Gemeinderat soll das mündlich erläuterte Vorgehen schriftlich festhalten. Die Aufgaben der Testplanung sind klar zu fixieren. Die zu ergänzenden Punkte sind zu wichtig, um auf mündliche Aussagen zu vertrauen, um dann festzustellen, dass unsere Forderungen ein weiteres Mal nicht umgesetzt wurden. Aus finanziellen Gründen werden wir keine weitere Testplanung durchführen können. Werden wichtige Fragen nicht geklärt und nicht beantwortet, dann haben wir etwas verpasst. Das einzigartige Instrument für dieses Areal gibt es nur einmal, deshalb muss es richtig gemacht werden. Wir wollen gute und interessante Ergebnisse.

Die Planung Stadtraum Brugg-Windisch ist eine grosse und gut aufgegleiste Planung. Sie dauert schon Jahre und wird noch einige Jahre dauern. Eine Verzögerung von wenigen Monaten spielt bei diesem Prozess keine Rolle. Wir beantragen Rückweisung, damit die Zusatzpunkte Netto-Null und Anschluss Zentrumsentlastung, ja oder nein, ins Programm aufgenommen werden.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Es liegt ein Antrag auf Rückweisung vor. Oliver Hager kann sich noch zur Sache äussern, anschliessend wird nur noch der Rückweisungsantrag diskutiert.

Oliver Hager (GLP): Im Grundsatz geben wir den Ausführungen von Mirjam Aebischer recht. Die nachhaltige Gebietsentwicklung für den Stadtraum Bahnhof Brugg-Windisch

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

zu einem lebendigen, identitätsstiftenden Quartier steht für uns zentral im Fokus. Wir setzen uns deshalb für eine nachhaltige Mobilität ein, mit der Entwicklung einer zweckmässigen, übergeordneten Anbindung an das Gesamtverkehrssystem. Das Entwicklungsgebiet befindet sich unmittelbarer Nähe des Bahnhofs. Diese Standortgunst ist zu nutzen und das Mobilitätsverhalten im Entwicklungsgebiet muss massgebend beeinflusst werden. Der Direktanschluss an die Zentrumsentlastung ist kritisch zu hinterfragen. Die Planung ist der richtige Rahmen in der richtigen Flughöhe um das Wechselspiel zwischen Siedlungsentwicklung und Verkehr genauer zu untersuchen. Massgebende Grundlage ist das Testplanungsprogramm. Unsere Anliegen, die Direkterschliessung, das Klima und andere Fragen werden nicht ernst genug genommen. Im Beteiligungsprozess wurde dies ebenfalls deutlich verlangt. Wir weisen deshalb den Kreditantrag zurück.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Wir diskutieren über den Rückweisungsantrag.

James Bruderer (FDP): Die FDP stimmt dem Planungskredit zu. Das Projekt ist zielführend und die Testplanung soll ein Ideenwettbewerb zur Weiterentwicklung des Bahnhofgebietes sein. Alle Beteiligten sind bereit, das Gebiet im Dialog zu entwickeln, dies wirkt sich positiv auf die Qualität aus. Das Bahnhofgebiet soll entwickelt werden und nicht die Zentrumsentlastung, dies ist auseinander zu halten. Im Rahmen einer Testplanung setzen sich interdisziplinäre Teams mit den Herausforderungen vertieft auseinander und es kann zum Beispiel die Chance genutzt werden, die Auswirkungen der Zentrumsentlastung, sei es mit dem Anschluss oder der Linienführung, fachlich zu beurteilen. Ich sehe den Ideenwettbewerb und die Auseinandersetzung mit der Zentrumsentlastung als Chance. Starke Ideen können entwickelt werden und mit starken Ideen haben wir starke Argumente, speziell im Hinblick auf die Zentrumsentlastung. Lehnen wir den Kredit ab oder weisen die Vorlage zurück, besteht die Gefahr, dass das Projekt auseinanderfällt und jeder alleine die Weiterentwicklung vorantreibt. Dies ist für die Qualität alles andere als förderlich. Ich bitte dem Kredit zuzustimmen.

Alex Heinemann (FDP): Die heutige Verkehrssituation beim Bahnhof ist unbefriedigend. Lastwagen fahren über den Campusplatz oder die Klosterzelgstrasse. Wie die Situation 2040, 2050 aussieht, wissen wir nicht. Ich bin überzeugt, dass es richtig ist, die Experten

## Protokoll des Einwohnerrates

### 1. November 2023

planen zu lassen, was 2040 oder 2050 in diesem Stadtraum passieren soll. Lassen wir verschiedene Szenarien ausarbeiten, welche die Verdichtung in Bahnhofsnähe zum Inhalt haben, die Siedlungsentwicklung, Nachhaltigkeit, Netto-Null, Klimaneutralität. Wir sprechen von 2040, 2050, ich bin dann 45 Jahre alt, und es ist logisch, diese Themen müssen angedacht werden. Für mich, die junge Generation ist dies ein wichtiges Thema, wir wollen Zukunft. Dieses Projekt ist vorwärtsausgerichtet, packen wir die Chance und stimmen ja.

Stefan Fehlmann (EVP): Welch Jahrhundertprojekt für Brugg und Windisch. Ich freue mich, mit dem Rollator dereinst durch den Otto-Suhner-Park zu flanieren und mich am neuen Zentrum Brugg-Windisch zu erquicken. Ihr seht es an meinem Bild, es ist noch ein langer Weg bis ich einen Rollator brauche und bis das neue Zentrum Brugg-Windisch transformiert ist. Ich war in der Echogruppe und beim ganzen Partizipationsprozess aktiv dabei. Nicht ganz so laut, wie einige Kolleginnen links aussen aber auch aktiv. Schade, die Diskussion über die Strasse ist wichtig, aber die überschattet den ganzen restlichen Prozess stark. Es wurde gut gearbeitet und es gibt eine gute Testplanung. Auch mir wäre lieber, die Strasse wäre nicht derart prominent im Programm. Andererseits bin ich nicht sicher und auch nicht fachkompetent genug, um zu beurteilen, ob die in diesem Gebiet wohnenden 5'000 Menschen ohne neue Strasse ins Gebiet hinein- und wieder herauskommen. Die Testplanung wird darauf sicher Antworten geben. Im Gegensatz zur SP vertraue ich dem Gemeinde- und Stadtrat und den weiteren Projektbeteiligten, dass die Testplanung, wie es das Wort sagt, offen angegangen wird. Die EVP unterstützt das Projekt und lehnt den Rückweisungsantrag ab. Ich freue mich, dass transformierte Gebiet dereinst mit dem Rollator zu besichtigen.

Reinhold Brand (FDP): Der Stadtraum bietet die Möglichkeit, in den nächsten 20 bis 25 Jahren ein zusätzliches starkes Wirtschaftsgebiet zwischen Aarau und Baden zu schaffen. Es gilt visionär unterwegs zu sein und nicht infolge Unklarheiten beim Tunnel alles zurückzuweisen. Die viel diskutierte Zentrumsentlastung ist aus Sicht der FDP-Fraktion zwar relevant für die Gebietsentwicklung, es handelt sich dabei aber um ein Parallelprojekt des Kantons, welches in der Testplanung entsprechend berücksichtigt wird. Ich habe nochmals nachgelesen: Es ist klar festgehalten, dass die Zentrumsentlastung berücksichtigt und dafür Platz reserviert werden muss. Auf der Homepage Stadtraum Brugg-Windisch ist die Planungsgrundlage «Vertiefungsstudie Tunnelverlängerung bis Südwest-

## Protokoll des Einwohnerrates

### 1. November 2023

Umfahrung Brugg und Erschliessung Quartiere» zu finden. Nebst der Basisvariante 0, diese ist im Richtplan eingetragen, gibt es noch fünf weitere Varianten. Die Analyse hat ergeben, dass die Varianten 1 bis 3 bautechnisch machbar sind. Variante 1 mit der Verlängerung des Tunnels um 300 Meter mit Kosten von CHF 35 bis 39 Mio. schneidet am besten ab und wird von der verkehrstechnischen Kommission weiterverfolgt. Eine Quartiererschliessung über den Kreisel Zürcherstrasse / Bachthalen oder quer durch das Rüttenen-Quartier ist nicht sinnvoll. Aus Sicht der FDP-Fraktion sind die Fakten für Testplanung glasklar und der Planungskredit kann bedenkenlos angenommen werden. Bei einer Rückweisung besteht die Gefahr, dass die vier beteiligten Partner ohne Windisch weiter machen werden.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Das Entwicklungskonzept Stadtraum verdient unsere grosse Unterstützung. Die Planungsbüros werden mit einer öffentlichen Ausschreibung gesucht. Ich gehe davon aus, dass sich nicht nur spezialisierte Büros melden werden. Es werden keine kleinen Architekturbüros sein, welche sich in der Regel mit Bauvorhaben auf Grundstücken in der Bauzone befassen. Die involvierten Büros befassen sich mit städteräumlichen Planungen in einem sehr grossen Kontext. Die Testplanung umfasst die Erschliessung, das Volumen, Nutzungen, Durchgänge, Durchgrünungen. Es geht um Etappierungen, aber auch um die Auswirkungen auf die angrenzenden Gebiete. Einfacher gesagt: Es geht um den grossen Rahmen für den nächsten Schritt. In einer Testplanung ist kein einzelnes Gebäude oder eine Gestaltung zu erkennen. Es ist der grosse Rahmen, die Grundlage für die nachfolgende Sondernutzungsplanung, allenfalls Gestaltungsplan, wenn wir die Kredite bewilligen. Eine Etappierung ist aber zwingend und notwendig. Die Büros sind in der Regel sehr offen denkend und planend unterwegs, auch verkehrstechnisch. Autoarm oder autofrei ist aufgrund der Lage beim Bahnhof in der heutigen Zeit Standard. Der Bahnhof Brugg spielt eine ausserordentlich wichtige Rolle in dieser Entwicklung. Gerne möchte ich für alle die politisch aktiver sind als ich, ein Statement abgeben. Auf der politischen Ebene muss zwingend für eine optimale Anbindung der Region Brugg-Windisch an das Bahnnetz Zürich-Basel, Zürich-Bern gekämpft werden. Möglicherweise hat die SBB hier andere Pläne. Um den Anschluss an das SBB-Netz zu verstärken, schlage ich vor, dass sich die Exekutiven von Windisch und Brugg und der Grosse Rat frühzeitig dafür einsetzen. Schaffen wir dies nicht, verschlechtern sich die Verbindungen in Brugg. Dann wäre unser Ziel, möglichst autofrei zu leben, nicht mehr gut umsetzbar. Es ist in der Botschaft erwähnt, das Protokoll der Echogruppen-Veranstaltung

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

vom 7. Juni 2023 ist als Anhang dem Pflichtenheft beizufügen. Die Echogruppe verlangt zusätzlich drei Sachen: Die Rolle der Echogruppe während der Durchführung und Aufarbeitung der Testplanung, die Umsetzung der Netto-Null-Ziele beziehungsweise Klimaneutralität, Bedeutung der Zentrumsentlastung für die Gebietsentwicklung, Klärung der Erschliessung des Entwicklungsgebiets, mit Auswirkungen auf die umliegenden Quartiere. Dies steht nicht 1:1 in der Vorlage und im Entwurf des Programms. Im heutigen Protokoll wird dies jedoch festgehalten, ebenso die Aussagen der Gemeindepräsidentin. Dieses Schriftstück wird somit einen gewissen Wert haben. Der Gemeinderat verdient das Vertrauen, dass das Programm so umgesetzt wird. Ich bin manchmal sehr kritisch der Verwaltung gegenüber, aber bei diesem Thema hat sie das Vertrauen verdient. Was in der Botschaft steht, wird ins Programm aufgenommen. Die Testplanung ist ergebnisoffen und könnte zum Schluss kommen, dass die neue Überbauung keine Parkplätze benötigt. Trotzdem ist eine beschränkte Zufahrt notwendig, für die Blaulichtorganisationen, den Paketlieferdienst usw. Dies liegt in der Freiheit der Planer und es wird eine gute Sache geben. Es ist nicht selbstverständlich, dass die fünf involvierten Grundeigentümer bereit sind, das Projekt gemeinsam anzugehen. Windisch kann sich doch nicht ohne Not, als letzte der fünf Parteien, aus dem Rennen nehmen. Vier haben zugesagt, sogar Brugg hat sehr gut zugestimmt. Die Lage des Tunnels für eine allfällige Zentrumsentlastung ist nicht Bestandteil dieser Stadtraumplanung. Die Mitte bittet dem Planungskredit zuzustimmen. Nur mit diesem Planungsschritt können die Möglichkeiten auf dem grossen Areal ausgelotet werden.

Eliane Frei (Grüne): Elsbeth Hofmänner hat es gesagt, die Forderungen nach offener Planung, nach CO<sub>2</sub>-Neutralität liegen schon lange auf dem Tisch, sie kommen nicht aus dem Nichts. Alle Beteiligten wissen, was Windisch fordert. Trotzdem sind die lauten Forderungen der Echogruppe, der Baukommission, dem Einwohnerrat nicht in die Testplanung eingeflossen. Es heisst jetzt, wir werden das machen und ich diskutiere nicht darüber, ob wir dem Gemeinderat vertrauen, er ist eine der fünf Parteien. Hält der Gemeinderat was er verspricht und setzt sich entsprechend ein, muss er sich gegen die vier anderen durchsetzen. Den Grünen ist dieses Risiko zu gross, wir stimmen dem Rückweissungsantrag zu. Dies gibt Zeit, die Forderungen so zu fixieren, dass sie gegenüber den anderen durchsetzbar sind. Diese kurze Verzögerung lässt sich verantworten. Wir wollen nicht die Testplanung stoppen, wir wollen es nicht zurückweisen, wir wollen es präzisieren.

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

Martin Gautschi (FDP): Ich halte mich kurz, vieles wurde bereits gesagt. Die Exponenten, welche das Vorhaben zurückweisen wollen, müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein. Es wird einen Scherbenhaufen geben. Vier Partner sind dafür und Windisch soll Nein sagen und bei der Planung nicht mitwirken. Es wurde immer wieder erwähnt, die Testplanung ist offen, das Beurteilungsgremium ist offen. Wir von der FDP sind Sparfüchse, aber dieser Kredit muss genehmigt werden. Diese Mittel haben grosse Priorität und es geht um die Zukunft. Wir dürfen nicht abseitsstehen, wir müssen ergebnisoffen mitdiskutieren und die Vorlage sicher nicht aus ideologischen Gründen ablehnen. Das ist alles andere als ergebnisoffen. Der letzte Punkt sind die privaten Investoren, welche bereit sind, viel Geld zu investieren. Diese brauchen eine Planungssicherheit. Wenn Windisch einmal mehr abseitssteht, einmal mehr nicht weiterentwickeln und mit anderen etwas erreichen will, wird dies einen Scherbenhaufen. Diejenigen Leute, welche dies verursachen, müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein.

Mirjam Aebischer (SP): Rückweisung heisst nicht Ablehnung, Rückweisung ist die Bitte an den Gemeinderat, uns das vollständige Programm, inklusive der Frage des Anschlusses an die Zentrumsentlastung und Netto-Null, nochmals vorzulegen. Die rechten Parteien erstaunen mich, sie wollen einen Vertrag, Vertragsinhalt ist doch das Testplanungsprogramm. Wir sollen auf Zusehen hin bezahlen, obwohl man seit drei Monaten weiss, was ergänzt werden muss. Für die Rechten ist es in Ordnung, sie wollen das Geld trotzdem sprechen. Wir sagen nicht Nein, wir finden die Testplanung absolut wichtig. Aber wir verlangen ein klares, vollständiges Programm, keine Versprechungen, sondern Fakten.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Es wurde schon sehr viel gesagt, Aussagen die protokolliert werden. Ein Protokoll ist verbindlich, diese Passagen können nicht entfernt werden. Zum Rückweisungsantrag der linken Seite: Wie soll bei einer Rückweisung des Pflichtenheft erarbeitet, das Programm fertiggestellt werden? Die Experten haben dies noch nicht geprüft. In der Botschaft ist zu lesen, dass die Experten noch ihre Meinung, Haltung, ihre Informationen eingeben, dies ist bei einer Rückweisung nicht möglich. Für dieses Projekt stehen keine Mittel mehr zur Verfügung. Wer den Testplanungsprozess nicht unterbinden will, sagt ja zu diesem Projekt. Wir haben das Protokoll der Echogruppen-Sitzung, dieses ist verbindlich. In der Botschaft ist ausgewiesen, dass die

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

in der Echogruppe eingebrachten Punkte verbindlich ins Pflichtenheft aufgenommen werden. Wir haben in der letzten Sitzung der Echogruppe informiert, dass keine Mittel mehr vorhanden sind, um das Pflichtenheft nur im kleinsten Teil nachführen zu können. Ich kann die Experten weder an den Tisch holen, noch entschädigen, dafür braucht der Gemeinderat und unsere vier anderen Partner Geld. Ich bitte deshalb den Rat, dem Kredit zuzustimmen. Gemeinderat und Stadtrat werden das Pflichtenheft nochmals überprüfen, ob die nachträglich eingebrachten Punkte von den Experten tatsächlich aufgenommen worden sind. Erst dann wird das Pflichtenheft definitiv verabschiedet. Die Politik kann über die Echogruppe eingreifen, auch im laufenden Prozess, wenn man feststellt, dass es nicht wunschgemäss läuft. Der Prozess wird erlauben, wo immer die Möglichkeit besteht, Stellung zu nehmen. Uns fehlen die Mittel, wir haben keinen Verpflichtungskredit zur Verfügung. Ich danke für die Unterstützung dieses Projektes. Ich habe bei keinem Partner das Gefühl, dass er für das Testprogramm andere Grundregeln will, als wir. Es gilt Gesetze, Verordnungen einzuhalten, die Prozesse laufen weiter. In 40 Jahren sieht das Projekt vielleicht wieder ganz anders aus. Ich bitte dem Gemeinderat zu vertrauen, er muss das Recht einhalten. CO2 auch autoarm, wir tragen dies vollumfänglich mit, sei dies der Stadtrat, der Gemeinderat, aber auch die anderen Partner. Wir sind uns alle bewusst, dass dies ein wichtiges Thema ist. Ich bitte den Bruttokredit und damit den Anteil von Windisch zu genehmigen und danke nochmals für die Unterstützung.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Es liegt der Rückweisungsantrag der SP, ein Ordnungsantrag, vor. Wir haben mehrheitlich nun doch eine Sachdiskussion geführt, es ist schwierig, die Diskussion auseinanderzuhalten. Wir können nun über den Rückweisungsantrag abstimmen. Es gibt zwei Varianten: Wir stimmen ab, ob wir die Diskussion abbrechen oder ob wir weiter über den Rückweisungsantrag diskutieren. Ich werde aber jeden unterbrechen, der sich nicht zum Rückweisungsantrag äussert.

Giovanna Feusi (SP): Ich spreche als Mitglied der FiGPK. Ich möchte nochmals betonen, es ist unschön und schon einige Male passiert. Der Text der Botschaft widerspricht den mündlichen Erklärungen. Die Grundlage für die Abstimmung ist die Botschaft. Dieser fehlt etwas Entscheidendes, was vorgesehen oder gemacht werden soll. Die FiGPK hatte diesbezüglich eine grosse Diskussion. Die wesentlichen Entscheidungsgrundlagen gehören in die Botschaft und nicht in die Zusatzdokumente. In der Botschaft fehlt Wesentliches, dies ist der Grund für die Rückweisung. Das Wesentliche ist vorhanden, aber nicht

## Protokoll des Einwohnerrates

### 1. November 2023

in die Botschaft aufgenommen worden. Dies nachzuholen verursacht eine halbe Stunde Arbeitsaufwand.

Das Protokoll des Einwohnerrates ist für unsere Partner nicht verbindlich. Damit ist klar, diese Vorlage muss zurück an den Absender.

Alex Heinemann (FDP): Aus den Voten von SP und Grünen erkenne ich zwei Hauptargumente, welche gegen oder für den Rückweisungsantrag sprechen. Der Tunnelanschluss Rütönen ist ein Parallelprojekt und nicht relevant in dieser Diskussion über die Testplanung. Die Varianten werden durch Experten geprüft. Das zweite Argument ist die Netto-Null-Diskussion. Im Kanton Aargau gilt das Netto-Null Ziel bis 2050. Selbst der Investor Brugg Immobilien hat Netto-Null Ziele. Ich unterstütze diese Gegenargumente als Gründe für den Rückweisungsantrag nicht. Deshalb sagt Ja für unsere Zukunft 2040, 2050.

Stefan Fehlmann (EVP): Zum Rückweisungsantrag: Ich war anwesend in der Sitzung der Echogruppe vom Juni. Ich glaube der Gemeindepräsidentin und deshalb bin ich gegen diese Rückweisung. Wer die Dokumente studiert hat stellt fest, dass der Entwurf der Testplanung das Datum 4. Juli 2023 trägt. Für die Anpassung des Dokuments fehlte das Geld. Ich glaube es ist nicht seriös, wenn Gemeinderat oder der Stadtrat, diesen Entwurf einfach ergänzt hätten. Die Räte sind keine Experten. Was passiert bei einer Rückweisung? Ich glaube nicht, dass jemand einen Scherbenhaufen will, es ist auch niemand gegen die Gebietsentwicklung. Es geht schlussendlich um die Strasse, hier muss so oder eine Lösung gefunden werden. Das Thema Netto-Null, sorry Leute die Eidgenossenschaft hat 2050 das Ziel Netto-Null, vorher wird dies nicht bebaut und das Problem wird sich von alleine lösen. Dieses Gebiet muss nun mit unseren 4 Partnern weiterentwickelt werden. Es wäre sehr schade, die Vorlage aufgrund von ungeklärten Details, zurückzuweisen.

Thomas Wernli (SP): Erhält ein Verwaltungsrat eine Planung die er finanzieren und vorantreiben will, diese aber nicht vollständig ist, weist er sie zurück. Zur Strasse im Testplanungsgebiet: Stellt euch vor, die Hauserstrasse bestände nicht, das Volumen würde wohl ganz anders aussehen. Man muss beides ausprobieren.

## Protokoll des Einwohnerrates

### 1. November 2023

Heiko Loretan Kühnis (Die Mitte): Ich bin Fan einfacher Verhältnisse und versuche drei Interessen für den Rückweisungsantrag herauszufinden. Man will eine kluge Planung, das ist gut. Dann ist das Pflichtenheft ungenügend und das Vertrauen in den Gemeinderat fehlt. Wer dem Rückweisungsantrag zustimmt entmündigt den Gemeinderat Windisch, den Stadtrat Brugg, die weiteren Partner und die Planergilde der ganzen Deutschschweiz. Deshalb: Rückweisungsantrag ablehnen.

#### Offene Abstimmung

Der Rückweisungsantrag der SP wird mit 20 Ja- gegen 19 Nein-Stimmen, mit Stichtscheid des Einwohnerratspräsidenten, abgelehnt.

Thomas Wernli (SP): Wir stellen zwei Zusatzanträge:

Antrag 1: Das von der Schweiz unterzeichnete Pariser-Abkommen mit Netto-Null ist als Vorgabe für die Testplanung aufzunehmen.

Antrag 2: Das Programm der Testplanung muss so angepasst werden, dass die Teams darlegen müssen, wie die Stadtentwicklung auch ohne Anschluss an die Zentrumsentlastung funktionieren kann.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Zum wiederholten Male halte ich fest: Auch eine unterirdische Anbindung an die Zentrumsentlastung ist möglich. Diese Idee ist in meinem Kopf vor einigen Jahren entstanden. Es muss nicht alles überirdisch passieren, aber es sollte möglich sein, dass einige Autos trotzdem irgendwo hinfahren können. Ein Handwerker wird sein Material kaum über den Campusplatz schleppen. Die Büros sollen diese Frage klären, lassen wir es einfach einmal so im Raum stehen, das ist die beste Lösung.

#### Offene Abstimmungen Zusatzanträge

Zusatzantrag 1

Der Einwohnerrat fasst mit 20 Ja- gegen 17 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

## **Protokoll des Einwohnerrates**

### **1. November 2023**

Das von der Schweiz unterzeichnete Pariser-Abkommen mit Netto-Null ist als Vorgabe für die Testplanung aufzunehmen.

Zusatzantrag 2

Der Einwohnerrat fasst mit 21 Ja- gegen 17 Nein-Stimmen wie folgt

#### B e s c h l u s s :

Das Programm der Testplanung muss so geändert angepasst werden, dass die Teams darlegen müssen, wie die Stadtentwicklung auch ohne Anschluss an die ZEL funktionieren kann».

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

#### B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt für die Gebietsentwicklung Stadtraum Bahnhof Brugg-Windisch, für die Phasen 2b Durchführung der Testplanung und 2c Nachbereitung der Testplanung einen Verpflichtungskredit von brutto CHF 1,8 Mio inkl. Nebenkosten und Mehrwertsteuer (Anteil Windisch netto CHF 362'500.00).

## **12 Interpellation Luzia Capanni (SP) «Parkplatzsituation Königsfelden»; Beantwortung**

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Der Gemeinderat hat diese Interpellation schriftlich beantwortet. Die Interpellantin hat das Recht, eine kurze Stellungnahme abzugeben.

Luzia Capanni (SP): Ich habe diese Interpellation vor einem Jahr eingereicht. Das Baugesuch der PDAG für die provisorischen Parkplätze wurde im Rahmen der geplanten Erweiterungsbaute eingegeben. Diese wurden 2016 zuerst vom Kanton, dann von der Gemeinde Windisch bewilligt. Die nachfolgende Auflage wurde sowohl vom Kanton, wie der Gemeinde in die Bewilligung aufgenommen: «Nach der Bauvollendung ist der Bereich des provisorischen Parkfeldes komplett und in Absprache mit der Denkmalpflege

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

und dem Landschaftsarchitekten gemäss Parkpflegewerk wieder instand zu stellen.» Gemäss Kanton waren die provisorischen Parkplätze bis 2020 vorgesehen. Für mich nachvollziehbar, lässt sich doch die Bauzeit nicht fixieren. Der Erweiterungsbau Magnolia wurde 2020 fertiggestellt. Die 76 bewilligten provisorischen Parkplätze sind aber bestehen geblieben. In den Folgejahren hat die PDAG weiter geplant und gebaut und aus dem Parkplatzprovisorium ist ein «Providurium» geworden. Der PDAG ist die erweiterte Bautätigkeit offensichtlich entgegengekommen. Wie es soweit kommen konnte, dazu äussert sich der Gemeinderat nicht. Der Gemeinderat hat als Bewilligungsbehörde die Umsetzung der Auflage, den Rückbau der Parkplätze, zu überprüfen. Die Aussage, dass der Kanton den Zeitpunkt fixieren müsse, da er die Auflage verfügt hat, ist falsch. Der Gemeinderat als Baubewilligungsbehörde ist zuständig. Die PDAG wird beim Kanton ein Wiedererwägungsgesuch einreichen, um diese provisorischen Parkplätze weiterhin nutzen zu können. Dies ist der Stand bei der Beantwortung der Interpellation. Es stellt sich die Frage, wie die Parkplätze nach Abschluss des Neubaus Magnolia 2020 bewilligt wurden. Uns ist wichtig, dass die Abteilung Planung und Bau eine verlässliche und vertrauensvolle Bewilligungsinstanz ist, bleibt oder wird. Alle Bauherinnen und Bauherren sind gleich zu behandeln. Falls Fehler als Baubewilligungsbehörde erkannt werden, sind die Prozesse und Abläufe zu überprüfen und anzupassen. Ich bin mit der Beantwortung nicht zufrieden, verzichte aber auf eine Diskussion.

**13 Motion Fraktionen SP und Grüne betreffend Bedarf und Finanzierung von Angeboten in der Suchthilfe im Bereich Schadensminderung und Risikominimierung; Überweisung**

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Bei diesem Geschäft geht es um die Überweisung einer Motion. Diese, ich wiederhole mich, verpflichtet den Gemeinderat zu prüfen und dem Einwohnerrat Bericht und Antrag zur Sache zu stellen. Heute wird nicht darüber diskutiert, was alles gemacht werden müsste. Dies ist Aufgabe des Gemeinderates. Ich bitte die Diskussion auf die Frage der Überweisung zu konzentrieren.

Luzia Capanni (SP): Im Frühling 2022 habe ich mich mit einer kleinen Anfrage nach der Situation am Bahnhof Brugg-Windisch und den Umgang mit suchterkrankten Menschen erkundigt. Aus Sicht des Gemeinderates waren damals keine weiterführenden

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

Massnahmen notwendig, trotzdem erwähnt er, dass das Problem auf regionaler Ebene angegangen werden müsse. Im September 2023 ist in Brugg ein Vorstoss betreffend der Sozialraumanalyse von Seite der SP eingereicht worden. Der Stadtrat hat das Postulat entgegengenommen. Es scheint, dass das Problem langsam erkannt wird. Immer mehr Menschen mit Suchtproblemen halten sich am Bahnhof auf, es hat sich eine offene Drogenszene gebildet. Passantinnen sind verunsichert, Anwohnende, Kinder, Jugendliche erleben wie Suchtbetroffene konsumieren und wegdriften. Die Suchtbetroffenen sind meist in körperlich schlechtem Zustand. Sie werden von Passantinnen beruhigt, in die Klinik begleitet oder es wird die Ambulanz gerufen. Die Polizei ist sehr oft vor Ort. Die repressive Politik, die süchtigen Menschen wegzuweisen, führt dazu, dass sie von Ort zu Ort wechseln und sich die Szene verlagert. So auf den Spielplatz und an den Badestrand an der Aare, in den Friedhof Brugg, ins Känzeli, ins Amphitheater, auf den Vorplatz des Towers, ins Wohnquartier. Am 22. Oktober 2023 hat tatsächlich ein erstes Treffen von Windisch und Brugg, zusammen mit PDAG, Repol, Kapo, Abteilung Sucht des Kantons, AGS, FHNW und der Bahnpolizei stattgefunden. Das ist erfreulich, doch wie geht es weiter? Eine Bedarfsanalyse, ein Konzept und vielleicht Massnahmen. Dies mit hoher Priorität, wie im Newsletter und in der Presse unter dem Titel «Sicherheit am Bahnhof» zu lesen war. Sicherheit ist Aufgabe der Region. Eine Bedarfs- und Angebotsanalyse liegt dem Kanton seit 2021 vor. Der Kanton schläft und will aussitzen, damit ist er im interkantonalen Vergleich auf dem letzten Platz gelandet. Andere Kantone sind es leid, die Suchtbetroffenen aus dem Aargau in betreuten Suchträumen und anderen Stellen aufnehmen zu müssen.

Die Suchthilfe des Kantons basiert auf der nationalen Suchtstrategie und baut das Angebot auf den vier Säulen auf. Bei der ersten Säule, Prävention und Früherkennung, arbeitet der Kanton Aargau, gut. Auch bei der Therapie und Beratung sind wir ganz gut unterwegs. Im Bereich Schadensminderung und Risikominimierung macht der Kanton Aargau nichts. Die 4. Säule ist die Regulierung und der Vollzug. Das Departement Gesundheit und Soziales muss gestützt auf die Bedarfsanalyse nun handeln und Massnahmen wie beispielsweise ein betreuter Konsumraum, aufsuchende Sozialarbeit, Notunterkünfte mit Konsumtoleranz umsetzen. Die Motion fordert den Gemeinderat auf, sich zusammen mit der Stadt Brugg und dem Departement Gesundheit und Soziales dafür einzusetzen, dass der Kanton seine Verantwortung übernimmt und sich wesentlich bei der Umsetzung der anstehenden Massnahmen und Aufgaben finanziell beteiligt. Win-

## Protokoll des Einwohnerrates

### 1. November 2023

disch ist für die Versäumnisse des Kantons nicht verantwortlich. Weiter fordert die Motion vom Gemeinderat, zeitnah aufzuzeigen, welche Massnahmen im Handlungsfeld Schadensminderung und Risikominimierung in der Suchthilfe eingeführt und wie diese finanziert werden, um die Situation am Bahnhof für die Suchtbetroffenen und die Windischerinnen und Passantinnen so schnell als möglich zu verbessern. Die Sache ist dringend, sowohl für die suchtbetroffenen Menschen wie auch für die Menschen, welche hier in Windisch leben. Danke für die Unterstützung der Motion, damit der Gemeinderat einen klaren Auftrag hat, diese Angelegenheit mit hoher Priorität zu behandeln.

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Die Ausführungen der Motionärin sind sehr ausführlich ausgefallen, auch über die Zuständigkeiten. Der Gemeinderat wird mit der Motion aufgefordert, aufzuzeigen, wie eine Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden und Partnern etc. funktionieren und wie der Kanton einbezogen werden kann. Seit 2009 ist im Betäubungsmittelgesetz verankert, dass Bund und Kanton in den verschiedenen aufgezählten Bereichen Massnahmen umsetzen müssen. Es besteht somit eine gesetzliche Voraussetzung. Tatsache ist aber, dass es im Kanton Aargau keinen einzigen geschützten Konsumraum für Suchtkranke gibt. Deshalb weichen die Betroffenen in die Konsumräume der Nachbarkantone Solothurn, Basel-Land, Basel-Stadt aus. Der Kanton Solothurn hat im Sommer entschieden, in Olten keine Suchtkranke aus dem Kanton Aargau mehr zuzulassen. Dies hat sofort zu einer viel höheren Belastung der Hotspots im Aargau geführt. Auch am Bahnhof Brugg-Windisch hat die Zahl der Randständigen im Sommer 2023 rasant zugenommen. Im Auftrag des Stadtrats hat sich in den vergangenen Wochen unter der Leitung der Abteilung Gesellschaft das Sicherheitsteam getroffen. Bereits vor der angespannten Lage haben auf Initiative der Gemeinde Windisch im Frühling 2023 die PDAG, die Repol, die Stadt Brugg und Windisch Interventionsmöglichkeiten diskutiert. Die Abteilung Gesellschaft der Stadt Brugg hat die Koordination der Arbeitsgruppe übernommen. Ziel ist, Massnahmen zu definieren und umzusetzen, um der zunehmenden Problematik der suchtkranken Menschen und anderen sozialen Randgruppen am Bahnhof und Neumarkt in Brugg, auf dem Campus, PDAG-Areal, und in angrenzenden Gebieten entgegenzuwirken. Der Arbeitsgruppe gehören Vertreter der Kantons- und Regionalpolizei, der Suchtberatung AGS, der Fachhochschule, der SBB, des Departements Gesundheit und Soziales, der Stadt Brugg und der Gemeinde Windisch an. Ein erstes Treffen der Arbeitsgruppe hat anfangs August statt-

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

gefunden. Man hat sich vernetzt, ausgetauscht und von der sich drastisch verschlechternden Situation Kenntnis genommen. Auf der Basis gemachter Erfahrungen anderer Städte und Kantone, Gespräche mit Fachpersonen wollte man in Erfahrung bringen, welche Massnahmen in Brugg-Windisch, zusätzlich zu erhöhten Polizeipräsenz, am besten greifen können. Am 20. Oktober 2023 hat die Fachgruppe über die nächsten möglichen Schritte informiert: Die Erweiterung der City Patrouille und die Infodrog-Analyse, Grundlage für nachhaltige Interventionen. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Situation am Bahnhof für die Passantinnen und Passanten schwierig ist und dass Abhilfe geschaffen werden muss. Er ist bereit, sich mit allen Partnern dafür einzusetzen, dass mögliche Massnahmen rasch möglichst eingeleitet werden und sich der Kanton an der Umsetzung und Finanzierung beteiligt. Der Gemeinderat empfiehlt dem Einwohnerrat die Motion zu überweisen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat stimmt der Überweisung mit 37 Ja-Stimmen zu.

**14 Motion Fraktionen Grüne und SP betreffend Finanzierung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung ab Kindergarten; Überweisung**

Isabelle Schneider (Grüne): Qualitativ gute Tagesstrukturen zu bezahlbaren Tarifen sind wichtig für berufstätige Eltern, die Wirtschaft und den Staat. Institutionelle Betreuungsangebote sind in der heutigen Gesellschaft ein zentraler Pfeiler für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit beider Elternteile geworden. Die Wirtschaft und der Staat profitieren von dieser Vereinbarkeit von Familie und Arbeit. Sie wirkt unter anderem dem Fachkräftemangel entgegen und führt zu mehr Steuereinnahmen. Trotz Nutzen für die Wirtschaft und den Staat haben die Erziehungsberechtigten für die Hauptfinanzierung der Betreuungsangebote aufzukommen, was nicht sein darf. Eine kurze Bemerkung zu den Diskussionen, welche ich im Vorfeld mit Einigen geführt habe. Das Bundesamt für Sozialversicherungen hat aus Anlass der parlamentarischen Initiative zur Überführung der Anschlussfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung, im Volksmund KiTa-Vorlage, welche im März von diesem Jahr im Nationalrat behandelt

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

wurde, 20 Studien zur Korrelation der Beschäftigungsgrade von Müttern analysiert. Gemäss dieser Analyse gibt es eine empirische Evidenz für die Korrelation zwischen günstigen Angeboten in der familienexternen Kinderbetreuung und einer Erhöhung des Beschäftigungsgrades der Mütter. Das heisst, finanzielle Beiträge an die Eltern wirken sich positiv auf den Beschäftigungsgrad der Mütter aus. 2021 hat auch die eidgenössische Kommission für Familienfragen, EKFF, eine Studie erarbeitet, um die Bezahlbarkeit der institutionellen Kinderbetreuung, Kindertagesstätten, Tagesfamilien und Tagesstrukturen zu untersuchen. Die Studie zeigt, wie Finanzierungsmodelle und Tarifsysteme konkret ausgestaltet werden können, damit sie bezüglich Förderung von Erwerbsanreizen den grösstmöglichen Nutzen bringen. Hohe Betreuungstarife verursachen negative Erwerbsanreize, vor allem bei mittleren bis höheren Einkommensgruppen. Für viele Familien mit höherem Einkommen lohnt es sich finanziell nicht, mit einem höheren Pensum zu arbeiten. Um mögliche Ansatzpunkte und Erwerbsanreize für Familien mit Kind zu verbessern, sind die Maximaltarife der Betreuungen unter Vollkosten festzulegen. Familien mit besseren Einkommen sollen von der öffentlichen Mitfinanzierung profitieren können, damit sie einen stärkeren Erwerbsanreiz haben. Die Einkommensschwelle für die Subventionsberechtigung ist für den Minimaltarif tief, für den Maximaltarif hoch anzusetzen, damit die finanzielle Belastung auch für mittelständische Haushalte vertretbar bleibt.

Im Oktober 2022 hat erstmals eine Qualitätsüberprüfung der Windischer Tagesstrukturen stattgefunden. Die Überprüfung zeigt, dass am Standort Dohlenzelg der Betreuungsschlüssel über den Mittag an keinem einzigen Tag eingehalten worden ist, ebenso bei gewissen Nachmittagsmodulen. Die Anzahl der Fachpersonen ist nicht ausreichend, sowohl über den Mittag, als auch an gewissen Nachmittagen. Auch beim Standort kleines Schulhaus wird bemängelt, dass nicht genügend Fachpersonal vorhanden ist. Damit mehr Fachpersonal angestellt werden kann, hat der Gemeinderat auf das neue Schuljahr die Normtarife angepasst. Es können jedoch nur die minimalen Qualitätsstandards erfüllt werden. Die mit den zusätzlichen Personalkosten und dem Ausgleich der Teuerung verbundene Tariferhöhung ist mehrheitlich von den Eltern zu tragen. Windisch verzichtet, Tagesstrukturen als zumindest teilweise öffentlich finanziertes Angebot zu schaffen. Der volkswirtschaftliche Nutzen von qualitativ guten und bezahlbaren Tagesstrukturen wurde ausser achtgelassen. Scheinbar will die Gemeinde negative Erwerbsanreize für Familien fördern. Der Vergleich mit anderen Gemeinden erweckt den Eindruck, dass die Finanzierung und die Tarife unserer Tagesstrukturen nicht mehr

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

marktüblich sind. Speziell beim Mittagsmodul ist der angesetzte Normtarif für eine qualitativ hochwertige Betreuung nicht kostendeckend. In umliegenden Gemeinden ist das Mittagsmodul ein teilweise öffentliches Angebot. Sie bezahlen einen fixen Sockelbetrag pro Kind und Mittag: Hausen im Umfang von CHF 13.00, Brugg CHF 10.00, Bözberg CHF 10.00, Obersiggenthal CHF 9.00, Baden CHF 10.00, Wettingen CHF 9.00, Ennetbaden CHF 11.50. Ein Teil dieser Gemeinden unterstützt auch andere Module mit einem fixen Betrag oder sie übernehmen die Mietkosten. Damit wird die Betreuungsqualität garantiert und das Angebot für alle erziehungsberechtigten zugänglich gemacht. Dies hilft sogenannte Schlüsselkinder zu verhindern. Ein weiterer wichtiger Punkt, in Windisch gelten die einkommensabhängigen Tarife während den Schulferien nicht. Die Eltern sind deshalb während den Schulferien besonders gefordert, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Bei einem grossen Teil der umliegenden Gemeinden, Brugg, Hausen, Baden, Ennetbaden usw., gilt der einkommensabhängige Tarif auch während der Ferienzeit. Deshalb wollen wir den Gemeinderat beauftragen, die Finanzierung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung ab Kindergarten anzupassen. Die Tarifmodelle sollen marktüblich sein, die Vereinbarung von Familie und Beruf soll gefördert werden und die Kosten sind vom Leistungserbringenden zu decken. Ich bitte den Einwohnerrat die Motion zu überweisen. Windisch soll auch in Zukunft für Familien attraktiv bleiben, wo beide Elternteile einer Arbeit nachgehen wollen.

Isabelle Bechtel, Gemeinderätin (Grüne): Mit der Einführung des Reglements für familienergänzende Kinderbetreuung im Jahre 2017 wurde ein neues Modell für die Vergünstigungen der Kinderbetreuung eingeführt. Es wurde von der Objekt- zur Subjektfinanzierung gewechselt. Früher wurden einzelne Kita-Plätze unabhängig vom Einkommen der Erziehungsberechtigten finanziert. Heute wird die nach Einkommen abgestufte Vergünstigung direkt den Erziehungsberechtigten vergütet. Mit der Einführung eines Sockelbeitrages für die Mittagsbetreuung ist man für dieses Modul teilweise wieder zur Objektfinanzierung zurückgekehrt. Einerseits wird der Preis für das Angebot reduziert, andererseits können die Erziehungsberechtigten für die restlichen Kosten Vergünstigungen einfordern. Beim aktuellen Reglement wurde bewusst auf die Vergünstigung der Ferienbetreuung verzichtet. Die Finanzierung bezieht sich nur auf die Schulwochen. Die Einführung eines Sockelbeitrags, die Erhöhung der Tarife und die Einführung von Vergünstigungen für die Ferienangebote würde die Kosten stark ansteigen lassen. Vor einer Umsetzung muss die Finanzierung sichergestellt sein. Der Gemeinderat hat

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

grundsätzlich Verständnis für die Anliegen der Motionärinnen, Tagesstrukturen müssen kostendeckend betrieben werden können. Um die Qualität gewährleisten zu können, müssen entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Kann und will die Gemeinde diese Mehrkosten tragen oder sollen diese durch die Eltern finanziert werden? Antworten auf diese und andere Fragen sollen in den Finanzplan-Workshops mit allen Einwohnerrats-Fraktionen gesucht werden. Die Entscheidung über die Finanzierung der Tagesstrukturen soll nicht vorgezogen werden, zuerst gilt es eine Auslegeordnung über alle Themen zu machen. Der Gemeinderat empfiehlt die Motion in ein Postulat umzuwandeln, damit das Thema in den Finanz-Workshops diskutiert werden kann. Wird eine Umwandlung abgelehnt, empfiehlt der Gemeinderat, diese Motion nicht zu überweisen.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Übernimmt der Gemeinderat das Postulat im Falle einer Umwandlung?

Isabelle Bechtel, Gemeinderätin (Grüne): Ja.

Luzia Capanni, (SP): Mit der Überweisung der Motion wird der Gemeinderat verpflichtet, Bericht und Antrag zu erstatten. Der Einwohnerrat wird dann entscheiden, ob er dem Bericht und den Anträgen zustimmen will. Die Überweisung der Motion hat noch keine finanziellen Folgen. Der Gemeinderat klärt ab und unterbreitet dem Einwohnerrat Bericht und Antrag. Diese Motion kommt den geplanten Finanz-Workshops nicht in die Quere.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Wird an der Motion festgehalten?

Isabelle Schneider (Grüne): Im Moment halten wir an der Motion fest.

Martin Gautschi (FDP): Mir sitzt immer noch die Budgetberatung im Nacken. Dieses Beispiel zeigt sehr gut, was die FDP meint. Mit all diesen Motionen ist aufzuhören, der Staat kann nicht alles lösen. Das Simsala führt die Betreuung der Kinder, dieses ist zertifiziert und auch die Eltern tragen eine Verantwortung. Hört auf mit diesen Forderungen, dass der Staat alles machen muss. All diese Motionen führen zur Aufblähung der Verwaltung. Diese Vorstösse müssen bearbeitet werden, der Nutzen ist sehr gering. Grundsätzlich entscheiden die Eltern wo ihr Kind betreut wird. Das Postulat wäre

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

deshalb die richtige Form. Dann hat der Gemeinderat wenigstens noch die Freiheit, das Angebot aufzunehmen, wenn er es als richtig empfindet. Ich empfehle die Umwandlung in ein Postulat, schon alleine aus Kostengründen.

Novica Vidic (SVP): Ich schliesse mich dem Votum von Martin Gautschi an und füge noch zwei weitere Punkte hinzu. Gemäss Motion ist die Belegung im Vergleich zum Vorjahr rückläufig, die Normtarife wurden jedoch erst im August 2023 angepasst. Die Motion ist für mich sehr oberflächlich formuliert oder die Gründe wurden zu wenig abgeklärt. Die Motionärinnen machen den Preis oder die Qualität für den Rückgang verantwortlich. Es können aber auch andere Gründe sein, allenfalls haben sich Präferenzen der Eltern verändert, einer von mehreren anderen Gründen. Die bestehenden Gesetze werden, was die Betreuung betrifft, eingehalten. Die Motion ist alles andere als kostenfreundlich. Letzte Woche haben wir Pensen bei der Gemeindekanzlei aufgestockt. Ich appelliere an den Einwohnerrat gewisse Motionen zurückzubehalten und einen Trend abzuwarten. Infolge einer Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist nicht sofort ein Vorstoss einzureichen.

Nadja Sträuli: (GLP): Das Kinderbetreuungsgesetz des Kantons Aargau schreibt ein bedarfsgerechtes Angebot für die Kinderbetreuung vor. Es legt fest, dass der Gemeinderat die Standards festlegt und für die Aufsicht zuständig ist. Die Motion ist wichtig, weil wir einen ausgewiesenen Fachkräftemangel haben und Windisch Elternpaare braucht, welche gut verdienen. Kinderbetreuung ist einer der Standortvorteile, welche berufstätige Eltern in verantwortungsvollen gut entlöhnten Positionen mitberücksichtigen. Hat die Gemeinde eine Struktur, wo mein Kind gut betreut wird oder nicht? Da wir ohnehin Kitas anbieten müssen, können wir uns mit dem aktuellen Standard zufriedengeben. Oder wir entscheiden uns, ein finanzierbares, interessantes Angebot zu schaffen. Dies hat jedoch zur Folge, dass für gewisse Module, wie die Mittagspause, welche berufstätigen Elternteilen erlaubt, dass sie den ganzen Arbeiten können, Anpassungen nötig sind. Die Qualität ist in der Kinderbetreuung ein sehr wichtiges Thema. Die Kinder, das hören wir auch immer wieder von der Schule, werden anspruchsvoller, die Gruppendynamiken sind differenzierter. Das Kita-Personal muss ausgebildet sein, damit es den Herausforderungen gewachsen ist. Klar ist, Qualität kostet. Deshalb unterstütze ich die Überweisung der Motion. Der Einbezug in den Finanz-Workshops ist sinnvoll. Es gibt

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

keine Zeitvorgabe bis wann dieses Anliegen umgesetzt werden muss. Der Handlungsbedarf, auch im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden, ist ausgewiesen.

Jonathan Schibli (EVP): Eine Gemeinde unserer Grösse braucht funktionierende Tagesstrukturen von guter Qualität, da sind wir uns einig. Im Sommer wurden erfreulicherweise in einem ersten Schritt die Normtarife erhöht, um die Qualitätsmängel zu korrigieren. Eine weitere Erhöhung und einkommensunabhängige Sockelbeiträge überspannen den Bogen aus meiner Sicht. Wir schaffen falsche Anreize, dies kann zu unerwünschten Folgeeffekten führen. Die Tagesstrukturen sind eine Dienstleistung, welche für den Bezüger etwas kosten und für alle bezahlbar sein soll. Die aktuell einkommensabhängigen Tarife gewährleisten dies. In Berücksichtigung unserer finanziellen Lage glaube ich, dass die Anpassung der Normtarife und allfällige Massnahmen aus der nächsten Motion, eine gute Lösung sind. Hier soll nicht noch mehr Geld investiert werden.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Windisch bietet eine familienfreundliche Schul- und Kinderbetreuung an. Ich bin mit den Motionärinnen nicht einverstanden, dass im Falle einer finanziellen Optimierung mehr Frauen arbeiten und Frauen, welche nicht so oft arbeiten, der Wirtschaft fehlen. Es gibt diverse Studien, auch Studien die in die andere Richtung gehen, beispielsweise von der ETH. Wir müssen uns nicht über Studien unterhalten, einmal stimmen sie, einmal nicht. In einer gewissen Lebensphase einer Familie mit Kindern ist es allenfalls notwendig arbeiten zu gehen, auch wenn es sich nicht wirklich auszahlt. Man macht dies für sich selbst, wichtig ist, dass Frauen im Arbeitsmarkt bleiben. Eine Tätigkeit ausser Haus gibt ein anderes Umfeld, man kann seine wirtschaftliche Selbständigkeit beibehalten und für die eigene Vorsorge aktiv sein. Wie von Martin Gautschi erwähnt, kann der Staat nicht alle Aufgaben übernehmen, welche Kosten auslösen. Die Familien müssen dazu selbst ein Stück beitragen. Ich habe dies auch gemacht, indem ich immer mehr als 100% gearbeitet und dadurch sehr viel Steuern bezahlt habe. Damit habe ich auch Familien unterstützt. Die finanziell abgestufte Unterstützung ist gewollt. Schwach Verdienende sollen unterstützt werden. Hier gibt es Schlüsselkinder und hier wird das gute Angebot benötigt. Die prozentuale Abstufung bietet eine gute Struktur. Ich breche noch eine Lanze für Menschen, welche ohne Ausbildung arbeiten, in welchen Berufen auch immer, und eine sehr gute Arbeitsqualität leisten.

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

Isabelle Schneider (Grüne): Die Deckung der Kosten der Leistungserbringenden müssen gewährleistet sein. Die momentane Auslastung der Tagesstrukturen erlaubt dies nicht und es finden Quersubventionierungen statt. Dieses Anliegen muss geprüft und aufgenommen werden. Zu den Studien von Elsbeth Hofmänner. Es gibt mehrere Studien und die NZZ hat Ende Februar eine publiziert. Das Bundesamt für Sozialversicherung hat 20 Studien ausgewertet. Es hat sich bestätigt, dass es eine Korrelation gibt, wenn die Betreuungskosten tiefer sind, die Erwerbstätigkeit bei den Müttern steigt. Letzte Woche wurde von Seiten FDP darauf hingewiesen, dass wir auch auf der Einnahmenseite reagieren müssen. Deshalb müssen wir attraktiv sein, attraktiv für ein gutes Steuersubstrat. Was beinhaltet die Standortattraktivität von Windisch? Eine gute Schule und gute qualitative Tagesstrukturen, welche bezahlbar sind, speziell für mittelständische Familien. Im europäischen Vergleich ist die Schweiz am Schluss. Wir geben viel Geld aus für die Betreuung und nebst den Eltern profitiert auch die Wirtschaft enorm. 2023 haben wir CHF 1.9 Mio. an die Restkosten Pflegefinanzierung bezahlt. Diese wird unabhängig von Einkommen und Vermögen bezahlt. Für Kinderkrippen und Kinderhorte sind 2024 nicht einmal CHF 200'000.00 budgetiert.

Luzia Capanni (SP): In Berücksichtigung der Diskussion wandeln wir die Motion in ein Postulat um.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Der Gemeinderat nimmt das Postulat entgegen, somit erübrigt sich eine Abstimmung.

**15 Motion Fraktionen SP und Grüne betreffend Qualität der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung und deren Verbesserung; Überweisung**

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Hier geht es ebenfalls um die Überweisung einer Motion. Verschiedene Punkte wurden bereits diskutiert.

Luzia Capanni: (SP) Die Motion fordert den Gemeinderat auf, die Qualitäts-Standard für das Angebot der familienergänzende Kinderbetreuung festzulegen. Das Reglement soll entsprechend ergänzt und aktualisiert werden und es muss sichergestellt werden,

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

dass die Aufgaben in der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung, gemäss Gesetz, wahrgenommen werden.

Wieso diese Motion? Der Gemeinderat hat von Gesetzeswegen verschiedenste Aufgaben. Er ist verpflichtet, den Zugang zu einer bedarfsgerechten, familienergänzenden Kinderbetreuung für Kinder bis zum Abschluss der Primarschule sicher zu stellen. Die Gemeinde muss sich an den Kosten beteiligen, nach Massgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten. So sagt es das Kinderbetreuungsgesetz. Der Gemeinderat ist Bewilligungs- und Aufsichtsbehörde für Kinderkrippen, Tagesstrukturen, inklusive Mittagstisch und Tages-Pflegeeltern. Das Kinderbetreuungsgesetz verpflichtet den Gemeinderat, Qualitätsstandards für die Betreuungsangebote festzulegen und ein Reglement für die familienergänzenden Kinderbetreuung in Kraft zu setzen. Das hat er gemacht, jedoch ohne Qualitäts-Standards. Diese und die Kriterien sind die Grundlage für die Bewilligung und Aufsicht. Dies ist wichtig und richtig, da wir die Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung finanzieren. Wer zahlt bestimmt, was im Aargau und in der Schweiz nicht ganz gilt, die Eltern tragen bei den Kosten immer noch die Hauptlast. Die Gemeinde Windisch leistet einen wesentlichen Beitrag und sie sollte deshalb daran interessiert sein, für welche Dienstleistungen und insbesondere für welche Qualität der familienergänzenden Kinderbetreuung Geld investiert wird. Wie erwähnt, im Reglement fehlen Angaben zu den Qualitäts-Standards. Wir haben es gehört, Ende 2022 ist der Gemeinderat erstmals seiner Aufsichtspflicht bei der schulergänzenden Kinderbetreuung nachgekommen. Gemäss Reglement müsste diese Überprüfung jedoch alle zwei Jahre erfolgen. Eigentlich hätte es gemäss Kinderbetreuungsgesetz bereits 2020 gemacht werden müssen. Wir wissen, es gab Mängel, der Gemeinderat hat Massnahmen eingeleitet. In der Folge sind die Kosten gestiegen und die Qualitäts-Standards wurden minim angepasst. Die Schule Aargau und somit auch die Schule Windisch unterrichtet nach dem integrativen Modell. Auch Kinder mit besonderen Bedürfnissen besuchen die Schule Windisch, viele in einem Sonder-Setting. Die Eltern dieser Kinder sind ebenfalls auf schulergänzende Kinderbetreuung angewiesen, damit sie Beruf und Familie vereinbaren können.

Ich komme zurück auf den Auftrag der Gemeinde Windisch bei der familienergänzenden Kinderbetreuung. Diese ist verantwortlich den Zugang zu einem bedarfsgerechten Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung zu schaffen. Nur, wer definiert was bedarfsgerecht ist? Der Gemeinderat hat uns schon länger eine Umfrage bei den Eltern der schulpflichtigen und schulpflichtig werdenden Kinder versprochen. Dies ist meines

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

Wissens bis jetzt nicht passiert oder es liegen noch keine Resultate vor. Die Qualität und der Bedarf des vorhandenen Angebotes für Eltern und Kindern soll überprüft und angepasst werden. Windisch kann sich an den umliegenden Gemeinden mit Pioniercharakter orientieren, das Rad muss nicht neu erfunden werden. In diversen Gemeinden werden aktuell Umfragen gemacht. Die Ausgaben für die familienergänzende Kinderbetreuung sollen dem Bedarf, sowie der Qualität der qualitativen Standards entsprechen. Die Qualität der familienergänzenden Kinderbetreuung ist ein Standortvorteil der Gemeinde, das haben wir schon gehört. Nicht ausgelastete Angebote sind weder für die Gemeinde, noch für die Anbietenden finanziell tragbar. Die Qualität der familienergänzenden Kinderbetreuung ist ein wesentlicher Faktor, wieso Eltern das Angebot nutzen. Uns interessiert die Entwicklung der Auslastung der schulergänzenden Kinderbetreuung zwischen September 2022 und 2023. Das heisst, seit die qualitativen Mängel bekannt sind und die Kostensteigerung erfolgt ist. Für eine entsprechende Aussage des Gemeinderates sind wir dankbar. Wir danken für die Unterstützung und die Überweisung der Motion.

Isabelle Bechtel, Gemeinderätin (Grüne): Das Angebot der familienergänzenden Betreuung wurde in den letzten Jahren kontinuierlich erweitert. Die Tagesstrukturen bieten aktuell von Montag bis Freitag ein ganztägiges Betreuungsangebot. Mit der Betreiberin, dem Verein Chinderhuus Simsala, ist vereinbart, dass während zehn von dreizehn Schulferien-Wochen eine Ganztagesbetreuung gewährleistet werden muss. Mit dem Umbau des ehemaligen Lehrschwimmbeckens sind die Räumlichkeiten für die Tagesstrukturen im zentralen Schulareal Dohlenzelg grosszügig erweitert worden. Somit steht den betreuten Kindern an den Standorten Dohlenzelg und Dorf eine moderne und bedarfsgerechte Infrastruktur zur Verfügung. Der Gemeinderat erfüllt alle gesetzlichen Anforderungen an die Aufsicht, auch in Bezug auf die familienergänzende Kinderbetreuung. Das Reglement, welches für die Erziehungsberechtigten Vergünstigungen im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit festlegt, ist am 14. August 2014 in Kraft gesetzt worden. Die Aufsichtspflicht wird durch die Sozialen Dienste wahrgenommen. Die zweijährliche Qualitätsüberprüfung führt die K&F, Kinder und Familie, im Auftrag der Gemeinde Windisch und in Absprache mit den Sozialen Diensten durch. Es gelten die strengen Qualitäts-Standards des Verbandes Kinderbetreuung Schweiz, KiBe Suisse. Vorschriftsgemäss werden durch die Sozialen Dienste jährlich die Lemunds-

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

überprüfungen gemacht. Die Verantwortung für die Tagesstrukturen lag bisher im Aufgabenbereich des Verwaltungsleiters. Im Rahmen der Teil-Reorganisation der Verwaltung wird dieser Bereich in die Verantwortung der Sozialen Dienste übertragen. Gemeinderat und Verwaltung pflegen einen regelmässigen Austausch mit den Verantwortlichen des Vereins Chinderhuus Simsala, um die notwendigen Massnahmen für den Erhalt und die Verbesserung der Qualität der Tagesstrukturen umsetzen zu können. Eine Folge davon ist, dass die Tarife um 10 % erhöht wurden, damit der notwendige Betreuungsschlüssel am Mittag wieder erreicht werden kann. Der Gemeinderat setzt die finanziellen und personellen Ressourcen zielgerichtet für die Tagesstrukturen und die Aufsicht der familienergänzenden Betreuung ein. Um die Zusammenarbeit mit der Schule zu stärken, hat der Gemeinderat am Anfang der Legislatur die Tagesstrukturen in das Ressort Bildung überführt. Die Überführung in die Sozialen Dienste ist ein weiterer Schritt, um die Qualität und die Attraktivität der Tagesstrukturen weiterhin zu gewährleisten. Für den Gemeinderat sind die Forderungen der Motion erfüllt und er bittet, diese nicht zu überweisen.

Zwei kurze Ergänzungen: Die Umfrage ist nach wie vor geplant. In Absprache mit der Führung des Chinderhuus Simsala haben wir beschlossen, diese nicht im Frühherbst zu machen, sondern zu warten, bis die Personalaufstockung und -anpassung abgeschlossen ist. Die Wirkung der Anpassungen interessiert uns, es lässt sich besser abbilden, was seit dem Sommer passiert ist.

Die Auslastung hat seit dem letzten Schuljahr abgenommen. Ich habe die Zahlen nicht präsent, aber sie sind tiefer. Die Gründe dafür sind uns nicht bekannt.

Nadja Sträuli (GLP): Ich will Diskussionen aus der politischen Mitte, über wer zahlt, was, wenn, wo, nicht weiter fördern. Wir sitzen in unterschiedlichen Lagern. Fakt ist: Der Gemeinderat ist gesetzlich verpflichtet, die Standards festzulegen und er ist für die Aufsicht zuständig. Die Standards sind nicht festgelegt, ebenso ist nicht festgelegt, dass die K&F-Standards für die Gemeinde Windisch und die Tagesbetreuung für die Hortkinder gelten. Fakt ist, es wurde vergessen den seit 2016 bestehenden Hort zu überprüfen. Eine Überprüfung hätte 2018 und 2020 erfolgen sollen, die erste Überprüfung erfolgte 2022, vorher ging es vergessen. Die Motion ist sinnvoll, um diese zwei Punkte ins Reglement aufzunehmen. Ich begrüsse, dass die Aufsichtskontrolle an die Sozialen Dienste übertragen wurde, das bündelt Ressourcen. Trotzdem müssen die

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

Standards im Reglement fixiert werden und die Aufsicht ist regelmässig gesetzeskonform wahrzunehmen. Es ist Aufgabe des Einwohnerrates, den Gemeinderat an seine gesetzlichen Verpflichtungen zu erinnern.

Martin Gautschi (FDP): Gemeinderätin Isabelle Bechtel hat aufgezeigt, was heute bereits gemacht wird. Dies ist nicht wenig, die Ressourcen werden gezielt eingesetzt. Ich bin erstaunt, was die linke Seite der Verwaltung alles zumuten will. Normalerweise macht ihr euch dafür stark, dass die Verwaltung geschont und nicht mit Aufgaben überladen wird. Und nun soll die Verwaltung weitere Aufgaben übernehmen, ich frage mich, was das soll. Es gibt auch einfachere Mittel, indem die Leistungen des Simsala, dieses leistet gute Arbeit, neu ausschreibt. Die Frage der Qualität und der Kosten liesse sich so gesamthaft lösen. Und es wäre nicht einmal mehr eine Riesenübung und Belastung der Verwaltung nötig.

Luzia Capanni (SP): Die Aufgaben des Gemeinderates sind gesetzlich vorgeschrieben. Die Motion fordert, dass der Gemeinderat die Qualitäts-Standards festlegt und sie ins Reglement integriert und er soll seine gesetzlichen Aufgaben wahrnehmen. Nicht mehr und nicht weniger fordert die Motion. Diese Aufgaben muss der Gemeinderat von Gesetzes wegen erfüllen. Wir fordern nur, was der Gemeinderat von Gesetzes wegen machen muss.

Heiko Loretan Kühnis (Die Mitte): Es gibt nur einen Experten für Kitas hier im Raum, das bin ich. Bei uns im Haus ist eine Kita eingemietet und mein Sohn hat diese besucht. Ich bin mit der Motion zur Kita-Leiterin gegangen und habe sie gefragt: Wird die Qualität überprüft? Sie hat mir bestätigt, dass alle zwei Jahre eine Firma vorbeikommt, einen Bericht erstellt, welcher die Basis für die weitere Betriebsbewilligung von zwei Jahren ist. Ich habe den Bericht gelesen und meine, dass es Optimierungspotenzial gibt. Die Motion beauftragt den Gemeinderat Bericht und Antrag zu stellen. Mich interessiert der Bericht des Gemeinderates und seine Anträge. Ich empfehle die Motion zu überweisen.

Martin Gautschi (FDP): Im Gegensatz zu Luzia Capanni vertraue ich dem Gemeinderat, dass er gesetzeskonform handelt. Einmal mehr soll Windisch Mustergemeinde sein mit

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

voreiligem Gehorsam. Werden die Gesetzesgrundlagen wirklich nicht eingehalten, können wir auch zuwarten, bis uns der Kanton an unsere Pflicht erinnert. Immer dieser voreilige Gehorsam und der Schuss über das Ziel hinaus, es geht hier auch ums Sparen. Es gilt auch einmal Nein zu sagen, deshalb ist die Motion abzulehnen.

Isabelle Schneider (Grüne): Isabelle Bechtel hat gut erläutert, was schon alles gemacht wird. Sie hat jedoch nicht erwähnt, was in Baden, Ennetbaden oder Zürich gemacht wird. Einen Benchmark im Vergleich mit anderen Gemeinden gibt es bezüglich Qualitäts-Standards nicht. Deshalb lässt sich auch unsere Qualität mit anderen Gemeinden nicht vergleichen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat stimmt der Überweisung der Motion mit 23 Ja- gegen 13 Nein-Stimmen zu.

**15 Beantwortung von gestellten Fragen 25.10.2023**Kleine Anfrage Elsbeth Hofmänner betreffend Grundwasserpumpwerke

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Ich gehe davon aus, dass die Fragen zum Grundwasserpumpwerk II und Inseli bekannt sind.

Frage 1

Nur noch ein Schacht und ein paar Leitungen erinnern an das Pumpwerk Inseli. Es liegt ausserhalb der Bauzone und im Bereich des Uferschutzes. Es ist hochwassergefährdet und hat keine geeignete Grundwasserschutzzone. Der Eigentümer hat keinen Mehrwert und eine Abgeltung der Dienstbarkeit erübrigt sich.

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**Frage 2

Es liegt ein positiver Vorentscheid des Kantons vom 20. Februar 2023 vor. Das Baugesuch wird bearbeitet und die Ausgleichsmassnahmen werden mit der kantonalen Fachstelle ausgehandelt. Die Gestaltung und Materialisierung sind ebenfalls in Arbeit. Das Baugesuch wird zeitnah eingereicht und öffentlich aufgelegt.

Frage 3

Das Pumpwerk Inseli hat keinen Zusammenhang mit dem Pumpwerk Schachen II, weder technisch, noch rechtlich. Für das Pumpwerk Schachen II gibt es eine gültige Konzession, eine rechtsgültige Grundwasserschutzzone, einen Vorentscheid zur Erneuerung des Pumpwerks und damit eine rechtliche Grundlage für ein Erneuerungsprojekt. Der Rückbau der Restanlage des Pumpwerks Inseli beendet ein Kapitel in der Trinkwassernutzung, welche schon vor Jahren aufgehoben wurde. Mit diesem Schritt werden auch planungsrechtliche Einschränkungen bei diversen Bauvorhaben aufgehoben.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Besten Dank für die Beantwortung. Somit sind wir beim Grundwasserpumpwerk Schachen II auf gutem Wege?

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Genau, wir stehen kurz vor der Baueingabe.

**7 Ersatzwahl Präsidium FiGPK für den Rest der Amtsperiode 2022/2025**

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Es gilt die Ersatzwahl Präsidium FiGPK vom letzten Mittwoch nachzuholen. Zur Wahl als Co-Präsidenten stellen sich Ulrich Widmer und Reinhold Brand.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Ausgeteilte Stimmzettel	38
Eingelegte Stimmzettel	37
Leere Stimmzettel	<u>1</u>
In Betracht fallende Stimmzettel	36

**Protokoll des Einwohnerrates**
**1. November 2023**

Absolutes Mehr	19
----------------	----

Stimmen haben erhalten und sind im ersten Wahlgang gewählt:

Ueli Widmer	37
Reinhold Brand	36

**17 Wahl Einwohnerratspräsidium für die Präsidialperiode 2024 / 2025**

Stefan Fehlmann (EVP): Im Namen der EVP-Fraktion stelle ich Daniel Brassel kurz vor. Eigentlich kennen ihn alle, engagiert er sich doch seit Jahren für Windisch. Er ist seit 2011 in der FiGPK, seit 2016 im Einwohnerrat und seit 2018 Präsident der FiGPK. Als Maschinenbau-Ingenieur ETH mit breitem Wissen und seiner ruhigen, aber bestimmten Art, wird er den Rat gut durch die nächsten 2 Jahre führen. Ich empfehle Daniel Brassel im Namen der EVP zur Wahl als Einwohnerratspräsident 2024 / 2025.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Ausgeteilte Stimmzettel	38
Eingelegte Stimmzettel	37
Leere Stimmzettel	0
In Betracht fallende Stimmzettel	37

Absolutes Mehr	19
----------------	----

Stimmen haben erhalten und ist im ersten Wahlgang gewählt:

Daniel Brassel	37
----------------	----

**18 Wahl Vizepräsidium des Einwohnerrates für die Präsidialperiode 2024 / 2025**

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

Claudio Ferrari (Die Mitte): Die Fraktion der Mitte nominiert Elsbeth Hofmänner als Vizepräsidentin des Einwohnerrates. Hin und wieder hört man sie im Rat. Sie stammt ursprünglich aus der Ostschweiz, ist im Dorf bekannt, auch als Präsidentin des Quartiervereins Oberburg.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Ausgeteilte Stimmzettel	38
Eingelegte Stimmzettel	38
Leere Stimmzettel	<u>0</u>
In Betracht fallende Stimmzettel	38
Absolutes Mehr	20

Stimmen haben erhalten und sind im ersten Wahlgang gewählt:

Elsbeth Hofmänner	38
-------------------	----

**19 Wahl von zwei Stimmenzählern für die Präsidentschaftsperiode 2024 / 2025**

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Das Büro wird mit der Wahl von zwei Stimmenzählern komplettiert. Dieses Amt ist nicht ganz unwichtig, wie die letzten Sitzungen gezeigt haben. Die SP schlägt Claudio Deragisch, die Grünen Nicolas Frei zur Wahl vor.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Ausgeteilte Stimmzettel	38
Eingelegte Stimmzettel	38
Leere Stimmzettel	<u>0</u>
In Betracht fallende Stimmzettel	38
Absolutes Mehr	20

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**

Stimmen haben erhalten und sind im ersten Wahlgang gewählt:

Claudio Deragisch	38
Nicolas Frei	38

**20 Mitteilungen des Gemeinderates 25.10.2023**

Bruno Graf, Gemeinderat (SP):

Flüchtlings-Situation

Die UMA-Unterkunft an der Zürcherstrasse 37 ist schon längere Zeit mit 20 Personen voll belegt. An der Mülligerstrasse 11 sind inzwischen 35 UMA's eingezogen. Die maximale Belegung von 50 Personen wird im Verlauf des Novembers erreicht. Gemäss Information der Betreiber vom 25. Oktober 2023 läuft der Betrieb ruhig. Die regelmässigen Neuzugänge fordern aber die Betreuenden stark. Damit das Zusammenleben mit den UMA's und die Zusammenarbeit mit den Betreuenden gut funktioniert, wurde eine Begleitgruppe eingesetzt. Dieser gehören der kantonale Sozialdienst, die Repol und Kapo, eine Anwohnervertretung und eine Vertretung der Gemeinde Windisch an. Der erste Austausch hat am 8. September 2023 stattgefunden, das nächste Treffen ist am 13. Dezember 2023 geplant. Der Austausch ist sehr wertvoll und die wichtige Vernetzung ist gelungen. Auf diesem Wege konnte die Koordination von Freiwilligen eingeleitet werden. Die Beschulung der UMA's erfolgt über Angebote des Kantons, über die Integrations- und Berufsfindungsklasse in Baden. Aktuell besucht ein UMA die 3. Klasse der Sekundarschule in Windisch.

Die detaillierten Zahlen per Oktober 2023:

Zürcherstrasse 37	20 Personen
Mülligerstrasse 11	11 Personen
Schutzstatus S	32 Personen
Unterwerkstrasse 1235	16 Personen mit Status F

Aktuell leben 103 Asylsuchende und Flüchtlinge in Windisch. Die Aufnahmepflicht ist erfüllt.

Jugendarbeit

## Protokoll des Einwohnerrates

### 1. November 2023

Dem Gemeinderat ist im Budget-Prozess 2024 bewusst geworden, dass 2024 für neue Aufgaben keine Mittel vorhanden sind. In den Legislaturzielen ist festgehalten, dass zusätzliche und neue Aufgaben zugelassen werden, wenn die Finanzierung sichergestellt ist und sich die Ausgaben nach den finanziellen Möglichkeiten richten. Aufgrund dieser Erkenntnis haben wir die Evaluation der offenen Jugendarbeit im September 2023 beendet. Allfällige Massnahmen oder Projekte sind aufgrund der notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen nicht umsetzbar. Der Gemeinderat will mit den bestehenden Ressourcen eine aufsuchende und partizipative Jugendarbeit, zusammen mit der Schulsozialarbeit und der Schule, aufbauen. Die entsprechende 50%-Stelle ist aktuell ausgeschrieben.

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP):

#### Projekt Spinnereibrücke

Seit der Genehmigung des Verpflichtungskredites vor zwei Jahren haben sich wichtige Änderungen ergeben. Eine der bedeutendsten Veränderungen ist die Aufwertung der Veloroute über die Brücke zu einer Velo-Hauptroute. Der Kanton beteiligt sich deshalb an den Kosten und hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass der neue Fuss- und Veloweg ins Agglomerationsprogramm aufgenommen wird. Somit profitieren Windisch und Gebenstorf von Bundesgeldern. Der Langsamverkehr wird verbessert und gefördert. Diese erfreulichen Entwicklungen sind massgebend, dass der Baubeginn bis heute nicht erfolgt ist. Zusammen mit der federführenden Gemeinde Gebenstorf haben wir die Chance genutzt und zusätzliche finanzielle Mittel gesichert. So lässt sich das Projekt besser umsetzen.

Im Verlauf des Jahres standen wir vor einer weiteren Herausforderung. Die ursprünglich festgelegte Hochwasser-Quote ist zu niedrig und das Projekt musste angepasst werden. Dies hat zu Änderungen in der Umgebungsgestaltung im Bereich des Brückenkopfs auf der Windischer-Seite geführt. In enger Zusammenarbeit mit einem Landschaftsarchitekten und den Projektingenieuren haben eine gute Lösung gesucht und die Umgebungsgestaltung entsprechend angepasst. Der Gemeinderat hat auf Empfehlung der Verkehrskommission eine Variante festgelegt und den Mitwirkungsprozess für den Bereich Garten eingeleitet. Dieser Bereich wird nicht vom Fussgänger- und Veloverkehr beansprucht. Am 12. Oktober 2023 fand der Kick-Off für die Beteiligung der Bevölkerung statt. Die Mitwirkung ist gestern abgelaufen, Eingaben waren auch online

## Protokoll des Einwohnerrates

### 1. November 2023

möglich. Bevor die öffentliche Auflage des Projektes erfolgt, wollen die Gemeinderäte Gebenstorf und Windisch die Bevölkerung Ende November über den neusten Stand informieren.

Isabelle Bechtel, Gemeinderätin (Grüne):

#### Klima-Konzept

Der Gemeinderat hat am 7. August 2023 die Submission zur Evaluation einer Verfahrensleitung für das Klima- und Energiekonzept freigegeben. Die Ausschreibung des Mandates wurde an vier Büros versandt. Alle haben ihre Offerte fristgerecht eingereicht und es hat sich ein eindeutiger Favorit ergeben: Das Angebot der Firma EBP-Schweiz AG überzeugt durch den Preis, die umfassende und standardisierte Vorgehensweise, und das vollständige Angebot und die Implementierung aller Leistungen. Die anderen Anbieter waren entweder sehr teuer oder hatten Lücken im Angebot, in der Auftragsanalyse oder sogar fehlende Referenzen. Die Vergabe erfolgt freihändig, über den Entscheid wird keine öffentliche Korrespondenz geführt. Die Zusicherung des Kantons, dass er maximal 40% der Gesamtkosten übernimmt, ist in der Zwischenzeit ebenfalls eingetroffen. Die der Gemeinde verbleibenden Kosten werden dem Energie-Fonds belastet.

#### Neubau Schulanlage Dohlenzelg

Der Gemeinderat hat am 16. Oktober 2023 die Baubewilligung für das neue Schulhaus genehmigt. Jetzt gilt es die Beschwerdefrist von 30 Tagen abzuwarten, damit die Baubewilligung rechtskräftig wird. Wir hoffen, dass keine Beschwerden eingehen und die ersten Werkverträge bald erstellt werden können. Die erste grosse Tranche Arbeitsvergabe ist bereits ausgeschrieben worden.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP):

#### Regionales Gesamtverkehrskonzept

Neue Informationen habe ich keine. Neuigkeiten sind wie erwähnt im Dezember 2023 angekündigt. Im Moment konzentriert sich die Arbeitsgruppe vor allem auf das Aufeld. Dies tangiert die Gemeinde nicht.

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023**Verwaltung

Wir haben letzte Woche festgestellt, dass die Verwaltung stark belastet ist, deshalb wir für einen Teilbereich Aufstockungen beantragt haben. Ich bin froh, dass diese genehmigt wurden, herzlichen Dank im Namen des Einwohnerrates. Wir haben über das Personal gesprochen. Ein anderes Thema ist der Gemeinderat: Wir sind im zweiten Jahr der Legislatur und es fehlt immer noch ein Gemeinderat. Der Gemeinderat musste oft in nicht vollständiger Besetzung arbeiten, weil ein Mitglied sehr oft gefehlt hat. Dies ist nicht ohne Auswirkungen geblieben. Auch der Gemeinderat kommt an seine Grenzen der Belastbarkeit. Einen Anteil tragen die Forderungen der Vorstösse, welche sehr viel Arbeit verursachen. Ich erwähne dies um bewusst zu machen, dass auch die Exekutive an die Grenzen ihrer Belastbarkeit kommen kann. Nebst den vielen Vorstössen beschäftigen und belasten uns im Moment auch viele gesellschaftspolitische Probleme. Ich denke an das Thema UMA's, das wir gut lösen konnten. Dies hat jedoch viel Energie und Zeit gebraucht. Die Probleme am Bahnhof sind bekannt. Die Zusammenarbeit mit anderen Partnern ist nicht ganz einfach, welche nicht gleiche Ausrichtung haben und dem Problem nicht die gleiche Priorität einräumen. Dies fordert uns ebenfalls stark. Die Integration der Schule in die Gemeindeorganisation ist nicht zu unterschätzen. Dieser Prozess ist immer noch in Gange und noch nicht definitiv abgeschlossen. Auch dies braucht Zeit, Energie. Ich erlaube mir, dies aufzuzeigen, da ich spüre, dass das Ratskollegium an seine Kapazitätsgrenzen kommt. Alle Mitglieder sind berufstätig und trotz des reduzierten Arbeitspensums kommen sie ans Limit der Belastbarkeit. Ein Teil ist, dass sie sich immer noch einarbeiten sind. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass es zwei bis vier Jahre braucht, bis man sich in allen Themen eingearbeitet hat und ein Stückweit auf Erfahrungen und Wissen zurückgreifen kann. Die vielen Forderungen, welche nicht aus der Politik, sondern auch aus der Gesellschaft kommen, sind nicht zu unterschätzen. Ich bitte deshalb um das notwendige Verständnis, dass die Exekutive bei gewissen Themen nicht immer auf dem neusten Stand sein. Damit der Betrieb läuft, gilt es, sich auf das Wichtigste zu konzentrieren, aber nicht immer in der von der Politik geforderten Geschwindigkeit. Ich danke für das Verständnis für diese Situation. Ich schätze die Arbeit im Team des Gemeinderates, aber auch mit der Verwaltung, sehr. Wir sind aber alle stark gefordert.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Wir nehmen diese Ausführungen gerne zur Kenntnis und sind gespannt, wie es weiter geht.

**Protokoll des Einwohnerrates****1. November 2023****21 Neueingänge 25.10.2023**

Motion von Heiko Loretan Kühnis (Die Mitte) betreffend Reussbrücke Windisch - Gebenstorf: Erhalt der Baumallee am Spinnereikanal»

Diese Motion wurde mit Mail vom 6. Dezember 2023 wieder zurückgezogen.

Philipp Umbricht, Einwohnerpräsident (FDP): Wir sind am Schluss der Sitzung und somit ist meine Zeit als Präsident abgelaufen. Es waren zwei sehr interessante Jahre mit interessanten Begegnungen, an Anlässen wo ich eingeladen war und teilnehmen konnte. Ich konnte nicht allen Einladungen folgen, aber es war immer spannend. Es gab auch viele Begegnungen innerhalb oder im Umfeld des Rates. Nicht nur mit neuen Mitgliedern, teilweise mit Mitgliedern, welche schon lange im Rat sitzen und es Begegnungen der einen oder anderen Art und Weise gab. Die zwei Jahre waren auch herausfordernd. Die Sitzungen fanden an verschiedenen Orten statt, angefangen hat es im Campussaal, bis zum letzten Mittwoch, wo die Voten am Stehpult abgegeben werden mussten. Wir haben gemeinsam zwei Jahre bewältigt. Vor zwei Jahren war der Einwohnerrat neu gewählt und es war nicht viel, wie vorher. Zum einen gab es viele neue Gesichter, zum anderen zwei neue Fraktionen, was mich sehr freut. Ich habe noch das Ende der JULI miterlebt, das ist lange her. Es war mir ein Anliegen, vor allem die neuen Mitglieder und die beiden neuen Fraktionen in die Ratsarbeit zu integrieren. Ich stelle fest, dass alle angekommen sind und das gefällt mir. Ich habe die Zeit genossen und es hat mir fast alles Spass gemacht, und etwas hat mir gar keinen Spass gemacht. Es wurde mir verschwiegen, dass der Präsident die Protokolle lesen, korrigieren und freigeben muss. Die waren die ersten Einwohnerratsprotokolle meiner Karriere die ich vollständig gelesen habe. Darauf hätte ich gerne verzichtet. Ich hoffe, dass euch die Zusammenarbeit mit mir gefallen hat, auch wenn ich das eine oder andere Mal das Wort abschneiden musste. Ich freue mich, die Seite zu wechseln und als gewöhnliches Mitglied wieder im Einwohnerrat Einsitz zu nehmen. Hier sind zwei Sachen möglich, die vorne nicht möglich sind. Ich kann eine kurze Pause einlegen oder nicht aufpassen, wenn ich ein Thema nicht so interessiert und ich darf mich wieder zur Sache äussern. Es hat mich doch ab und zu gereizt, ein, zwei Sätze zu äussern hier vorne. Ich danke

**Protokoll des Einwohnerrates**

**1. November 2023**

Allen für das Engagement für Windisch. Daniel Brassel wünsche ich alles Gute für seine Tätigkeit als Präsident.

---

Schluss der Sitzung: 21.55 Uhr

---

EINWOHNERRAT WINDISCH

Der Einwohnerratspräsident:



Der Gemeindeschreiber II:

